

# Soziologie in Österreich nach 1945

Christian Fleck

## Abstract

In den ersten beiden Jahrzehnten nach der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit gab es nahezu keine Soziologie in Österreich. Das 1963 eröffnete Institut für Höhere Studien (IHS) bot erstmals eine postgraduale Ausbildung und fungierte eine Weile lang als Brutstätte professioneller Soziologie. An den Universitäten wurde eine eigene Studienrichtung erst Mitte der 1960er Jahre eingerichtet, was eine erste personelle Expansion nach sich zog. Während der sozialdemokratischen Alleinregierung (1970-83) kam es zur Gründung außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, die durch Auftragsforschung und geringe Basissubventionen charakterisiert waren. Die nächste Generation von Soziologen und Soziologinnen an den Universitäten überwand die schroffe Frontstellung zwischen außeruniversitärer „kritischer“ und universitär „konservativer“ Ausrichtung. Nach dem Beitritt zur EU florierten jene (zumeist außeruniversitären) Forschungsstätten, die sich dem neuen Betätigungsfeld öffneten. Eine Reform der Universitäten 2004 führte dazu, dass in der nunmehr autonomen Universität die Möglichkeiten, Soziologie zu studieren vermehrt wurden, was von einem weiteren Personalzuwachs begleitet wurde. Erstmals wurden in größerer Zahl Professorinnen und Professoren aus dem Ausland berufen.

## Keywords

Österreich, Remigration, Entnazifizierung, katholische Restauration, Universitätsexpansion, Reformpolitik, Universitätsreform, Europäische Union, Europäischer Forschungsraum,

## Einleitung

In Österreichs Zweiter Republik, die am 27. April 1945 von drei politischen Parteien – Österreichische Volkspartei als Nachfolgerin der Christlich-Sozialen Partei, Sozialistische (vormals Sozialdemokratische) Partei Österreichs und Kommunistische Partei Österreichs – ausgerufen wurde, spielte die Soziologie lange Zeit überhaupt keine Rolle, ja sie war bis Mitte der 1960er Jahre nahezu inexistent. Vier Faktoren waren dafür verantwortlich: Erstens kamen von den 1938, im Jahr des Anschlusses Österreichs an das Großdeutsche Reich, vertriebenen Sozialwissenschaftlern nur sehr wenige zurück. Zweitens einigten sich die beiden Großparteien, die bei den ersten freien Wahlen Ende November 1945, mehr als 90 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnten und die in der Folge bis 1966 Koalitionsregierungen bildeten, auf eine „Proporz“ genannte Aufteilung des öffentlichen Lebens. Dies hatte zur Folge, dass die Universitäten in den Einflussbereich der konservativen Partei ÖVP fielen, einer Partei, die wenig Interesse an den modernen Sozialwissenschaften hatte. Drittens agierten die Besatzungsmächte –

Österreich erlangte seine Souveränität erst mit dem Staatsvertrag 1955 –hierzulande anders als in Deutschland: Sie verzichteten weitestgehend darauf, auf die Neugestaltung der Universitäten aktiv Einfluss zu nehmen. Schließlich resultiert aus diesem Kranz von Bedingungen viertens, dass andere wissenschaftliche Disziplinen die Rolle der Deutungswissenschaft einnahmen.

Als die Soziologie im Zuge der Reform und des Ausbaus der Universitäten aus einer Nischenexistenz hinausfand, blühte sie für kurze Zeit – außerhalb der Universitäten. Die Generation der Universitätsprofessoren, die in den 1960er Jahren berufen wurde, war in mehr als einer Hinsicht überfordert: Sie kam mit den aufmüpfigen Studierenden nicht zu Rande und fast allen fehlte der Anschluss an die internationalen Entwicklungen im Fach, zu welchen sie deswegen auch nichts beitragen konnten. Die außeruniversitäre soziologische Forschung laborierte daran, dass sie an kürzeren oder längeren Leinen der Ministerien zappelte, die ihnen Budget- und Planungssicherheit vorenthielten. Erst in den 1990er Jahren kam es zu einer Annäherung der außeruniversitären und universitär tätigen Soziologinnen und Soziologen und in der Folge zu einer stärkeren Kooperation und Mobilität zwischen diesen beiden Sektoren. Der außeruniversitäre Sektor profitierte anfangs von den vergleichsweise großzügig fließenden Mitteln der Rahmenprogramme der EU, um welche die Universitäten erst verzögert zu konkurrieren begannen.

Die von manchen als „neoliberal“ etikettierte Universitätsreform des Jahres 2004 brachte eine interessante Änderung mit sich: Die Möglichkeiten, an Universitäten Soziologie zu studieren, nahmen zu, womit eine Vermehrung des akademischen Personal verbunden war. Im Zuge dieses jüngsten Personalwechsels änderte sich die Sozialgestalt der Professorenschaft. Nicht nur wurde sie erstmals deutlich sichtbar weiblicher, sondern auch ausländischer, will heißen: die Zahl der Berufungen, die an Nicht-Österreicher gingen, nahm markant zu.

Nach diesem Überblick werden im Folgenden die wichtigsten Etappen der Nachkriegsgeschichte etwas eingehender besprochen.

## **Unterbliebene Rückkehr und katholische Restauration**

Quantitative Angaben über die Zahl der 1938 Vertriebenen sind nur näherungsweise möglich. Jenseits irgendwelcher pseudoexakter Zahlenangaben können für Österreich jedenfalls zwei Besonderheiten festgehalten werden: Die personellen Verluste durch Vertreibung waren größer als in Deutschland und die Zahl jener, die nach Kriegsende zurückkehrten, war außerordentlich klein. Letzteres trifft nicht nur für die Soziologie zu, sondern für die meisten Disziplinen; zu den Fächern mit einer höheren Remigrationsrate zählen die Völkerkunde und die Physik.

Obwohl die dominante Universität Wien in der Zwischenkriegszeit sowohl auf Seiten der Studentenschaft als auch des Lehrpersonals durch eine wachsende politische Radikalisierung gekennzeichnet war, die in regelmäßig stattfindenden antisemitischen Schlägereien ab den früheren 1930er Jahren ihre sichtbare Manifestation fand (Taschwer 2015), zählte 1938 ein bemerkenswert großer Teil des Lehrkörpers zu den Gegnern und Opfern des Nationalsozialismus. Hinsichtlich des Umfangs aller Varianten von Entlassung und Vertreibung übertraf Wien die deutschen Universitäten. Das hing vor allem damit zusammen, dass von den neuen Machthabern nahezu alle Exponenten der unmittelbar vorausgehenden Diktatur, die von manchen als austrofaschistisch bezeichnet wird, als politische Gegner ihrer Ämter enthoben

wurden. Aber auch die Zahl der von anti-jüdischen Maßnahmen Betroffenen war deutlich höher als in den beiden anderen österreichischen Universitäten in Graz und Innsbruck und den meisten deutschen Universitäten. Neben den deklarierten Nazis und den Parteigängern der vorhergehenden Diktatur gab es nur eine zahlenmäßig vergleichsweise kleine Gruppe politisch nicht gebundener Professoren. Aus naheliegenden Gründen fehlte in Österreich – anders als 1933 an deutschen Universitäten – jene Gruppe, die die neue Regierung als vorübergehendes Übel ansah, vor dem man sich einfach wegducken musste, bis der Spuk vorüber sei. 1938 hegte niemand Zweifel daran, dass das Dritte Reich für lange bestehen würde.

Die 1938 entlassenen Universitätsprofessoren und (nicht-beamteten) Privatdozenten, die man im weitesten Sinn zur Soziologie rechnen kann, wurden nahezu alle wegen ihrer austrofaschistischen Aktivitäten von der Universität entfernt. Nur wenige von ihnen wurden massiver verfolgt, d.h. inhaftiert oder in ein KZ verbracht. Die überwiegende Mehrheit der emigrierten Sozialwissenschaftler hatte vor ihrer Flucht aus Österreich dort keine universitären Stellen eingenommen, sondern sich am Rande bzw. außerhalb der akademischen Welt durchgeschlagen. Auf diese Besonderheiten hinzuweisen ist deswegen wichtig, weil sie nach 1945 Folgen zeitigte.

Die Nachkriegsregierungen und die Ministerialbürokratie zeigten nur sehr geringe Ambitionen, vertriebene Wissenschaftler zur Rückkehr zu ermuntern oder gar dazu aufzufordern. Und das, obwohl die Gesetzeslage eindeutig war – doch bei der Ausgestaltung der Vorschriften griff in hohem Maß Willkür Platz. Österreichische Beamte, also auch Universitätsprofessoren, hatten Anspruch auf Wiedereinsetzung in die 1938 verlustig gegangene Position; allerdings musste der vormalige Stelleninhaber von sich aus aktiv werden und um Wiedereinsetzung ansuchen. Auch aberkannte Habilitationen konnten wieder verliehen werden, doch führte das in diesen Fällen zu keinen Dienstposten oder garantierten Lohnzahlungen.

Das Desinteresse der Ministerialbürokratie, der wenigen sich für Hochschulfragen interessierenden Politiker, der Rektoren und anderer Funktionsträger der Universitäten an einer Rückholung der Exilierten steht im Widerspruch zu dem Umstand, dass 1945ff. ein massiver Mangel an geeigneten Lehrkräften herrschte. Die Ursache dafür lag in der Entlassung (fast) aller sogenannten „Reichsdeutschen“, also jener Professoren, die nach dem März 1938 aus dem „Altreich“ berufen worden sind. Viele von ihnen waren ohnehin vor der heranrückenden Roten Armee aus Wien geflüchtet und verzichteten später darauf, ihre Entlassung zu beeinspruchen; die wenigen, die aus welchen Gründen auch immer in Österreich bleiben wollten und lokales soziales Kapital mobilisierten, konnten die Entlassung oftmals rückgängig machen oder wurden nach kurzer, manchmal auch Jahre dauernder, Freistellung neu eingestellt. Neben den solcherart Entlassenen reduzierte sich der Lehrkörper aber auch noch aufgrund der Entnazifizierung. Als Nazi galt, wer der NSDAP oder einer ihrer Vorfeldorganisationen angehörte, wobei die österreichische Gesetzgebung zusätzlich zwischen sogenannten „illegalen“ und anderen Parteigenossen (und -anwärtern) unterschied. Als „illegal“ galten all jene, die schon vor dem 12. März 1938 Parteimitglieder waren und sie wurden härter bestraft als die Opportunisten, die als „Märzveilchen“ nach dem Anschluss um Aufnahme in die NSDAP angesucht hatten. Die Statusfeststellung erfolgte wie in Deutschland mittels eines Fragebogens und Delinquenten wurden Sühnemaßnahmen, beispielsweise Schutträumen, auferlegt. Es war allerdings möglich, um „Entlassung von der Registrierung“ als Nationalsozialist anzusuchen, wofür man beweisen musste, dass man eigentlich kein Nazi, sondern immer schon ein patriotischer Österreicher

gewesen sei. Konnte man gar glaubhaft machen, dass man aktiv für die Wiederrichtung des unabhängigen Österreich eingetreten sei, beseitigte derartiger Austro-Patriotismus alle braunen Flecken. Für die Beamtenschaft, damit also auch für die Universitätslehrer, wurden „Sonderkommission“ eingerichtet, die prüfen mussten, ob jemand, der von Gesetz wegen eigentlich des Amtes zu entheben gewesen wäre, weiter beschäftigt werden konnte. In diesen Verfahren spielten Zeugenaussagen anderer, die jemandem einen „Persilschein“ ausstellten, eine entscheidende Rolle.

Eine gewichtige Folge dieser Art von Säuberung des Lehrkörpers war, dass über den Verbleib von jemandem im Wissenschaftssystem sachfremde Kriterien entschieden und weltanschaulicher Opportunismus belohnt wurde. Die überschaubare Größe der Sozialwelt der Universitätslehrer – Ende April 1945 umfasste der Personalstand der Universität Wien insgesamt 119 o. und ao. Professoren, an allen österreichischen Universitäten waren rund 450 Professoren beschäftigt – führte wohl dazu, dass was hinter verschlossenen Türen verhandelt wurde, dennoch bekannt wurde. Nun muss man nicht allzu fantasiebegabt sein, um sich die Konsequenzen eines derartigen Meinungsklimas auf die Mitglieder der scientific community und insbesondere auf die Jüngeren unter ihnen auszumalen. Wenn die ohnehin nicht besonders gut verankerte normative Struktur des Wissenschaften, das Ethos, so massiv ignoriert wird, dass lebensweltliche Orientierungen wie Anhängerschaft für eine politische Partei oder Bewegung a priori wichtiger sind als wissenschaftliche Leistungen und Verdienste, wird man sich nicht wundern dürfen, wenn die nachfolgende Generation Opportunismus der Leistung vorzieht. Bedenkt man dann noch, in welcher Weise damals die Personalrekrutierung und Stellenbesetzung funktionierten, ist der Befund nicht mehr überraschend: bis in die 1980er Jahre hinein zeichnen sich Österreichs Wissenschaften durch extreme Mediokrität aus (vgl. Fleck 1996).

Neben dem sozialpsychologischen Aspekt, der für eine geringe wissenschaftliche Produktivität und eine fallende Reputationsrate verantwortlich war, muss noch ein weiterer Erwähnung finden, der langfristig Wirkung zeitigte: der Standortvorteil jener, die vor Ort waren. Nicht nur dass jemand, der die Nazi-Jahre im Land lebte, die Situation besser beurteilen konnte, er verfügte auch über ein weit dichter gewebtes soziales Netzwerk als jene, die die sieben Jahre, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit gerne als diejenigen der Fremdherrschaft bezeichnet wurden, tatsächlich in der Fremde lebten. Sowohl mangelnde Informiertheit wie die Schwierigkeiten der Kontaktaufnahme, zu schweigen von Reisebeschränkungen, setzten die Emigranten systematisch in eine benachteiligte Lage. Jene, die dennoch nach Österreich zurückkehrten, trafen hier auf eine kollektive Stimmungslage, wo die nach dem Anschluss außer Landes Getriebenen als die, dem Elend glücklich Entkommenen betrachtet wurden.<sup>1</sup>

Was immer man an erklärenden Faktoren noch anführen will, der Tatbestand der Nutznießerschaft bleibt unabweisbar. Ja man kann ruhig sagen, dass die österreichischen Wissenschaftler der Nachkriegsgeneration Arisierungsgewinnler waren, da sie aufgrund des massiv reduzierten Personalpools mit geringstem Aufwand in höchste Positionen gelangen konnte.

---

<sup>1</sup> Statistische Größenvergleiche in: Fleck (2004), S. 235. Aus dem Feld der Wissenschaft fehlen Berichte, es gibt aber einige aus dem kulturellen und politischen Feld; zu letzterem s. Fleck und Berger (2000), S. 108-130, sowie Hinweise bei Rathkolb (2005), S. 52, 163.

Neben den Gelegenheitsstrukturen spielt eine weitere politische Maßnahme, eine policy, eine aufklärungsbedürftige Rolle: die re-education der Besatzungsmächte und die heimischen Anstrengungen der Überwindung des Ungeistes von gestern. In markantem Gegensatz zur Situation, insbesondere in der Bi-Zone in Deutschland, wo sowohl Amerikaner wie Briten sehr aktiv waren und darauf drängten, den demokratischen Neuanfang an den Universitäten durch Berufung antinazistisch ausgewiesener Professoren zu fördern, verhielten sich alle Besatzungsmächte in Österreich auffallend defensiv. Die Wiener Universität lag in der internationalen Zone, für die alle vier zuständig waren, die Grazer Universität in der britischen und die Innsbrucker in der französischen Zone. Im Unterschied zu Deutschland gab es aber faktisch keine regionalen Unterschiede, weil es der österreichischen Nachkriegsregierung rasch gelungen war, die zentralstaatliche Hoheit über alle Besatzungsgrenzen hinweg zu sichern. Dank eines diplomatischen Bravourstücks der österreichischen Regierung konnten ihre Maßnahmen vom Alliierten Rat, also allen vier Siegermächten gemeinsam, nur beeinsprucht werden, was wegen der sich intensivierenden Ost-West-Konfrontation selten der Fall war. Einzelne Besatzungsmächte konnten solcherart mit ihren Anfragen und ihrer Kritik hingehalten werden, eine Kulturtechnik, die die österreichische Beamtenschaft schon seit langem virtuos beherrschte.

Zu den amerikanischen Besatzungsoffizieren zählten auch einige in Österreich Geborene, doch weder sie noch die Mitarbeiter der Erziehungsabteilung der U.S. Armee zeigten ein intensiveres Interesse an den österreichischen Universitäten (Stifter 2014). Mehr als gelegentliches Nachfragen nach dem Stand der Entnazifizierung ist nicht verzeichnet. Wohl auch aus diesem Grund verpuffte eine Initiative exilierter österreichischer Wissenschaftler, die sich in den USA zu einer Austrian University League zusammengetan hatten. Die League arbeitete ein Memorandum on the Reconstruction of Austrian Universities aus, das in etwa jene Forderungen enthielt, die in Deutschland Politik der Besatzungsmächte war. Darüber hinausgehend forderte die League die vorläufige Entlassung aller Universitätslehrer. Danach sollte die Hochschullehrerschaft neu rekrutiert werden, wobei insbesondere von den Nazis entlassene und vertriebene Wissenschaftler berufen werden sollten (ausführlicher: Fleck 1987).

In gewisser Weise kam dieser Vorschlag ohnehin zu spät, weil, als er in Wien einlangte, die österreichischen Universitäten bereits das dritte post-nazistische Semester hinter sich gebracht hatten, war doch der Lehrbetrieb schon im Frühjahr 1945 mit einem verkürzten Sommersemester wieder aufgenommen worden (während die meisten deutschen Universitäten erst 1946 den Lehrbetrieb wieder aufnahmen). Das Schreiben der League traf im August 1946 im Ministerium in Wien ein und war begleitet von Listen von Personen, die nach Meinung dieser Gruppe gewillt und geeignet seien, einen Ruf an eine österreichische Universität anzunehmen. Nahezu mit niemandem auf dieser Liste wurde auch nur Kontakt aufgenommen, obwohl sich auf diesen Listen viele Namen finden, die heute bekannter sind als die österreichischer Professoren der Nachkriegszeit.

### **Unterschiedliche Heimkehrer**

An zwei Beispielen von erfolgreich Zurückgekehrten, die eine Rolle in der Soziologie spielten, kann man den Vorgang illustrieren. Der 1903 geborene Johann Mokre hatte drei Studien (Rechtswissenschaften, Staatswissenschaften und Philosophie) mit einem Doktorat abgeschlossen und sich 1929 für Rechtsphilosophie an der Universität Graz habilitiert (was vom Ministerium erst nach zwei Jahren formell bestätigt wurde). In Graz hatte er später auch noch den Titel eines

(nicht-beamteten) ao. Professors verliehen bekommen. Die bemerkenswerteste wissenschaftliche Leistung Mokres war seine Übersetzung der Einleitung der *Principia Mathematica* von Alfred N. Whitehead und Bertrand Russell, die 1931 in München erschien. Seinen Lebensunterhalt verdiente Mokre als Landesbeamter und da er sich während des Ständestaates als Vortragender vaterländischer Propaganda hervorgetan hatte, wurde er nach dem Anschluss zwangsweise pensioniert. Er emigrierte 1939 in die USA, wo er an verschiedenen Colleges Lehraufträge für Fächer übernahm, die er studiert hatte. Zuletzt war er Professor für Physik und Mathematik am Barat College, das von der Gesellschaft vom Heiligen Herzen Jesu in einem Vorort Chicagos betrieben wurde.

Mokre wandte sich erstmals im Dezember 1945 an die Regierung in Wien, und schrieb im Januar 1946 an den Rektor der Universität Wien, Ludwig Adamovich, den er bat, zu seinen Gunsten im Ministerium zu intervenieren. Er habe in Chicago eine „Fullprofessur“ und sei daher nicht daran interessiert, sich mit seiner früheren Beamtenposition zufrieden zu geben, vielmehr strebe er eine Berufung an eine österreichische Universität an. Die weiteren Verhandlungen laufen dann vornehmlich mit Repräsentanten der Grazer Juristenfakultät, die sich ihres früheren Privatdozenten schon im Juli 1945 erinnert hatte und ihn damals beim Rektorat als Wiedergutmachungsfall bekannt gegeben hatte – schon damals wusste der unterzeichnende Dekan, dass sich Mokre in den USA aufhalte. Zwischenzeitlich war Mokres Naturalisierung in den USA positiv abgeschlossen, was nach seinem Bekunden ein neues Problem aufwarf: Die Annahme einer österreichischen Professorenstelle mache die Wiederverleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft zwingend und da damals keine Doppelstaatsbürgerschaften möglich waren, hätte er die eben erlangte amerikanische umgehend wieder ablegen müssen, was als Affront gewertet werden könnte. Von Ende Juli 1946 datiert ein Berufungsschreiben des Unterrichtsministeriums, das Mokre Mitte August prinzipiell positiv beantwortet. Nach seinen Recherchen sei es allerdings unmöglich zu erwarten, dass er noch zum Wintersemester nach Graz kommen kann, da die Erteilung von Reise genehmigungen und die Ausstellung von Reisedokumenten erfahrungsgemäß mehrere Monate in Anspruch nehmen. Da er keine Ersparnisse habe, hätte er eine Weiterbeschäftigung akzeptiert und müsse bis zum Ende des Studienjahres 1946/7 in den USA bleiben. Mokre kehrte im März 1948 nach Graz zurück, wo er, weil Amerikaner, bis 1949 als Gastprofessor lehrte; danach übernahm er eine ordentliche Professur für Rechtsphilosophie, Allgemeine Staatslehre und Soziologie, die er bis zu seiner Emeritierung 1971 ausübte.

Zu dieser sehr weiten Denomination der Professur kam es, weil sich Mokre auf allen „Gebieten in ausgedehnter Weise literarisch betätigt“ habe und „für das Gebiet der Soziologie [seien] auch die großen praktischen Erfahrungen von wesentlicher Bedeutung, die Mokre auf diesem Gebiet gewonnen“ habe. Die Fächer Rechtsphilosophie und Soziologie“ so der Grazer Dekan weiter, besäßen „eine hervorragende Bedeutung, da sie geeignet sind, eine entsprechende weltanschauliche Fundierung des Studiums [der Rechtswissenschaften] zu gewährleisten.“<sup>2</sup> Zumindest nach Ansicht des Dekans, eines Nationalökonomens, der im Ständestaat Bundesminister für Handel gewesen war, sollte Mokre also dort anknüpfen, wo er 1938 aufhören habe müssen: Volksbildung im Interesse des Staates Österreich, der nunmehr nicht mehr ständisch, sondern doch schon demokratisch organisiert war.

---

<sup>2</sup> Personalakt Johann Mokre, UA Graz.

Im zweiten Fall finden wir in der Biografie der Person eine Vielzahl der Stationen der Geschichte der Linken des 20. Jahrhunderts gebündelt. Der 1901 in der Bukowina geborene Leo Stern studierte an der Universität Wien Rechts- und Staatswissenschaften und promovierte dort 1925. Für den linken Sozialdemokraten und Juden Stern stellte sich die erhoffte universitäre Karriere rasch als unerreichbarer Wunsch heraus; bis zum Ende der Demokratie in Österreich war er Mitarbeiter des bekannten austromarxistischen Theoretikers Max Adler, der an der Universität Wien eine nicht-beamtete ao. Professur wahrnahm und sich bemühte, dem dominanten Othmar Spann eine andere Sozialtheorie entgegenzuhalten. Stern unterrichtete außerdem an der Volkshochschule und in den Freien Gewerkschaften. Nach dem Bürgerkrieg im Februar 1934 tritt Stern wie viele andere enttäuschte Sozialdemokraten der KPÖ bei und emigriert nach einer Haft im Anhaltelager über die Tschechoslowakei in die Sowjetunion, wo zwei seiner älteren Brüder schon länger lebten. Wie diese wird auch Leo Stern Mitarbeiter der Komintern, kämpft während des Bürgerkriegs als Freiwilliger in Spanien, von wo er wohlbehalten nach Moskau zurückkehrt. Während sein berühmterer Bruder, der als „General Kleiber“ in Spanien aktiv war, nach seiner Rückkehr nach Moskau Opfer des Stalinschen Terrors wird und den Rest seines Lebens im Gulag verschwindet, machen die beiden anderen Stern-Brüder Karriere. Leo habilitiert sich angeblich und wird Professor für neue Geschichte an der Lomonossow Universität. Er meldet sich nach dem Überfall Deutschlands zur Roten Armee, mit der er 1945 als Oberstleutnant nach Wien kommt. Sein Einspruch gegen die Einsetzung Karl Renners als erstem Regierungschef des befreiten Österreich findet kein Gehör. Neben seiner Tätigkeit in der sowjetischen Kontrollkommission und im Apparat der KPÖ lehrt Stern als Gastprofessor an der Universität Wien: Im Sommersemester 1946 hält er eine Vorlesung über Gesellschaftslehre und Staatstheorie des Marxismus, im Wintersemester 1946/47 über Probleme des Spätkapitalismus: Kritische Analyse der ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Fragen der Gegenwart und im Sommersemester 1947 wiederum über Gesellschaftslehre und Staatstheorie des Marxismus. Daneben leitet er die sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft am außeruniversitären Institut für Wissenschaft und Kunst und lehrt ein Semester auch an der Hochschule für Welthandel, der heutigen Wirtschaftsuniversität. 1950 endet Sterns Tätigkeit in Wien, er nimmt eine Professur für neuere Geschichte unter Berücksichtigung der Arbeiterbewegung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg an. In der DDR bringt er es zu einigem Ansehen und akademischem Einfluss. An den beiden Wiener Universitäten hinterließ Stern keine nachhaltige Wirkung, ja die Universität Wien schien auf diesen Absolventen und zeitweiligen Professor nicht besonders stolz gewesen zu sein. August Maria Knoll, der einzige Soziologieprofessor an der Wiener Universität von 1945 bis 1961, würdigt Stern in einem Überblicksartikel über die Soziologie in Österreich mit keinem Wort. (Knoll 1958)

Ein drittes Beispiel von hürdenreicher Rückkehr von Vertriebenen müsste, gemäß der politischen Logik der Zweiten Republik aus dem „politischen Lager“ der dritten Gründungspartei der Republik, der SPÖ, kommen. Doch hier kann nur eine Leermeldung erfolgen: Die die Nazijahre im Lande überlebenden Sozialisten zeigten keinerlei Ambitionen, ehemalige Genossen zur Rückkehr aufzufordern und selbst Marie Jahoda, die sich verklausuliert danach erkundigte, ob sie gebraucht werde, erhielt die brüske Mitteilung, die Partei könne auf ihre Mitarbeit verzichten (Fleck 1988, S. 357, Fleck und Berger 2000, S. 118-131). Die wenigen sozialdemokratischen Exilanten, die nach Österreich zurückkehren (konnten), wurden von der SPÖ in Ministerien und

in der Arbeiterkammer platziert. Die großkoalitionäre Aufteilung der Einflussphären wurde nicht in Frage gestellt und die Universitäten blieben frei von Linken und Juden.

Der Sozialdemokrat Karl Renner, der 1945 nach seiner kurzen Kanzlerschaft, im Alter von 75 Jahren, zum ersten Bundespräsidenten der Zweiten Republik gewählt wurde, findet trotz seines hohen Alters im Amt Muße, um an Manuskripten weiterzuarbeiten, die er während der Nazi-Diktatur begonnen hatte. Zwei Jahre nach seinem Tod, im Dezember 1950, erscheint als erster Band der Nachgelassenen Werke *Mensch und Gesellschaft. Grundriß einer Soziologie* (Renner 1952). Das Buch fand keinerlei Resonanz, war es doch eher eine Summa der Ansichten und Erfahrungen eines Mannes, der insoweit in der marxistischen Tradition stand, als er der Meinung war, (sein) politisches Handeln stets auch gesellschaftstheoretisch begründen zu können. Sachlich steht es im Deutungshorizont der Jahrhundertwende, als eine monistische Weltansicht in sozialdemokratischen Kreisen weite Verbreitung fand. Die bemerkenswerten Leistungen der österreichischen Soziologie der Zwischenkriegszeit werden darin nicht einmal der Erwähnung für wert befunden.

### **Der lange Schatten des Ständestaates**

Der 1900 geborene Knoll wurde 1934 an der Juridischen Fakultät der Universität Wien für Sozialphilosophie habilitiert, nachdem er zehn Jahre davor dort in Staatswissenschaften seine Promotion erworben hatte. Als Mitglied des Cartellverbands und zeitweiliger Privatsekretär des Prälaten, Universitätsprofessors und mehrfachen Bundeskanzlers Ignaz Seipel galten Knolls Loyalitäten dem österreich-patriotischen katholischen Milieu. Vor 1938 hielt Knoll als Privatdozent unter anderem staatsbürgerliche Vorlesungen im Dienste des Ständestaates und leitete einen ehemals sozialdemokratischen Verlag kommissarisch. Während der Nazi-Jahre war Knoll mit Berufsverbot belegt und brachte seine Familie dank Zuwendungen des Wiener Kardinals über die Runden. Nach der Befreiung trat er der ÖVP bei, ob er sich Hoffnungen auf eine politische Karriere machte, ist nicht bekannt. Auf die Programmatik der Nachfolgepartei der Christlich-Sozialen wollte Knoll jedenfalls mit der 1953 erfolgten Gründung des Instituts für Sozialpolitik und Sozialreform Einfluss nehmen. Die Reaktivierung seiner Privatdozentur an der Universität erfolgte umgehend und 1946 wurde er beamteter ao. Professor für Sozialphilosophie und Gesellschaftslehre an der Juridischen Fakultät der Universität Wien. In dieser Funktion folgte er Othmar Spann nach, der seit 1938 seine Professur nicht mehr ausüben durfte und dem die Rückkehr nach Ende der Nazi-Diktatur verwehrt wurde, weil von ihm ein verderblicher Einfluss auf die Studenten ausgehen hätte können. Mit dem Tod Spanns wurde dessen ordentliche Professur für Knoll frei. Knolls Lehrangebot war deutlich sozialphilosophisch und Themen der Geschichte der sozialen Ideen gewidmet; von den Entwicklungen der soziologischen Theorie des 20. Jahrhunderts zogen allein der Relativismus Karl Mannheims und was Knoll Soziologismus nannte sein Interesse auf sich. Neben Knoll lehrte als Privatdozent Walther Schienerl, dem bemerkenswerterweise seine 1941 erlangte Privatdozentur für Soziologie nicht aberkannt wurde, während er seine Assistentenstelle verlor. Schienerl hielt bis knapp vor seinem Tod 1961 Vorlesungen über Massenpsychologie ab, für die ihm semesterweise Lehraufträge erteilt wurden, die eine etwas bessere Entlohnung ergaben als das einem Privatdozenten zustehende Kollegengeld. Seinem 1947 vorgebrachten Wunsch, eine zusätzliche Vorlesung über

die „Soziologische Bedeutung der psychischen Terrorwirkung des Krieges und seiner Folgen“ zu halten wurde vom Ministerium nicht entsprochen.<sup>3</sup>

In den Anfangsjahren seiner Professorentätigkeit scheint Knoll sich zwei Aufgaben verschrieben zu haben. Er wirkte an einer der Sonderkommissionen mit, die wie oben geschildert die Entnazifizierung durchzuführen hatte und er focht einen aus heutiger Sicht etwas bizarr anmutenden Kampf um die Rehabilitierung des Ständestaats und würdigte Spann als katholischen Denker. Über die erst genannte Tätigkeit ist im Detail nichts bekannt (s. a. die anonymisierte Darstellung einiger Fälle durch Knolls Sohn Reinhold, der dafür die im Nachlass seines Vaters befindlichen „Akten“ heranzog: Knoll 1986). Zweitere Aktivitäten hinterließen in Form von Publikationen ihre Spur. In einem Nachruf auf Othmar Spann folgt Knoll allen Anstandsregeln der Grabrede und findet nur Lobendes an seinem zeitweiligen Lehrer und Vorgänger.

Dessen „ständischer Entwurf“, wie Knoll das politische Programm verniedlichend nennt, sei ein „Impuls“ für „Sozialreformen“ gewesen, doch ihr Autor war nicht deren „politischer Kopf“, nicht ihr „Propagandist“ und schon gar nicht ihr „Manager“ - sondern der Fürsprecher eines neuen platonischen Staates.

„Dass Spann freilich dadurch und durch seine unpsychologische Kritik der Demokratie und der liberalen Freiheitsrechte obendrein totalitäre Bestrebungen, jene unheilvollen Absichten, die Gesellschaft zu regimentieren, gerade nicht schwächte, ist sicher. Ebenso sicher aber ist, daß er zu den neuen Mächten sich eher distanzierte und von ihnen keine ideologische Genugtuung, geschweige denn einen Vorteil hatte. Der Nationalsozialismus warf Spann 1938 ins Gefängnis ...“  
(Knoll 1950)

Mit einem aus dem Exil in der Türkei und in Ägypten zurückgekehrten ehemaligen Exponenten des Ständestaats, dem Professor für Nationalökonomie an der Universität Graz Josef Dobretsberger, der 1936 kurzzeitig Sozialminister unter Kurt Schuschnigg war, kreuzt Knoll die literarischen Klänge über die Frage, ob der Ständestaat ein „mißglücktes Experiment“ gewesen war, so der Befund Dobretsbergers (Dobretsberger 1948/49). Dem hält Knoll wortreich entgegen, dass das Experiment gewaltsam von außen, d.h. von den Österreich okkupierenden deutschen Truppen, beendet worden sei. Zu den Vorzügen des politischen System von 1934 bis 1938 zählt Knoll u.a., dass sich der „halbfaschistische ‚Ständestaat‘ Dollfuß‘ zum ‚ständedemokratischen‘ Staat Schuschniggs“ weiterentwickelt habe. 1936 habe es berufsständische Wahlen und erstmals wieder Kommunalwahlen gegeben, der Gewerkschaftsbund sei als „einheitliche und überparteiliche Interessenorganisation der Arbeit“ ein „Fortschritt“ in Richtung „soziale Demokratie“ gewesen, die überparteiliche Einheitsgewerkschaft der Zweiten Republik habe in ihrem ständestaatlichen Vorläufer „ein strukturelles Vorbild“ gefunden. (Knoll 1948/49)

Knoll kann man zugutehalten, dass er es in den ihm verbleibenden Jahren noch zu einem fulminanten Kritiker des scholastischen Naturrechts brachte, der deswegen mit der Amtskirche und seiner Partei, der ÖVP, in heftige Konflikte verwickelt war.<sup>4</sup> Blickt man allerdings von einem hypothetischen kosmopolitischen Standpunkt auf die Debatten in Österreich der 1950er Jahre

<sup>3</sup> PA Walther Schienerl, UA Wien. Ähnlich 1952 als das Professorenkollegium eine zusätzliche Vorlesung über Soziologie der Autorität ablehnte, weil „es sich von der sachlichen Notwendigkeit nicht überzeugen konnte.“

<sup>4</sup> S. Topitsch (1994), S. 5-7 und Fleck (2010), S. 265-266.

muss man deren Familien-Unähnlichkeit mit dem, was anderswo diskutiert und geforscht wurde, konstatieren.

Im Wissenschaftssystem Nachkriegsösterreichs fand die Rückwendung zum politischen Regime vor 1938 eine Spiegelung: einflussreiche Positionen erlangten nahezu ausschließlich Personen, die schon vor Hitler ähnliche innehatten. Neuerungen, gar Innovationen gibt es aus dieser Zeit keine zu vermelden. Ernst Topitsch, der in diesen Jahren an der Universität Wien studierte und wohl weil er „unter den Auspizien des Bundespräsidenten“ promoviert hatte eine Stelle eines Assistenten bekam, erinnerte sich an das geistige Klima der 1950er Jahre unmissverständlich:

Nun hatte ich unter dem nationalsozialistischen Terror von einer Wiederherstellung der Geistesfreiheit im Zeichen eines christlichen Humanismus geträumt, doch was dann wirklich kam, war eine erstickende provinzielle Restauration, und ein kläglicher Klerikalismus verbreitete in den Hallen der Alma Mater eine fast mit Händen greifbare Atmosphäre intellektueller Unredlichkeit, ohne auf entschiedenen Widerstand zu stoßen. Palladium dieses ganzen Systems aber waren die ewigen Werte des in der göttlichen Schöpfungsordnung verankerten christlichen Naturrechts. (Topitsch 1994, S. 2-3.)

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass 1950 eine Österreichische Gesellschaft für Soziologie (ÖGS) gegründet wurde, die allerdings ruhte, nachdem ihr Gründungszweck erledigt war: ein paar Wiener wollten ins Ausland fahren und nutzten dafür den Ersten Weltkongress für Soziologie der International Sociological Association (ISA), der in diesem Jahr in Zürich abgehalten wurde; um daran teilzunehmen, musste man von nationalen Organisationen delegiert werden und um aus dem besetzten Österreich ins Ausland zu reisen, bedurfte es damals wohl auch noch einer speziellen Genehmigung.

### **Eine Neugründung und wenige soziologische Studien**

Die einzige Neugründung wurde vom Ausland angestoßen: 1952 wurde eine österreichische Zweigstelle des Internationale Katholischen Instituts für Sozialforschung (ICARES) gegründet, die anfangs vom holländischen Franziskanerpater Linus Grond geleitet wurde und bis zu ihrer Auflösung 1994 als Institut für kirchliche Sozialforschung weitergeführt worden ist. Zu den österreichischen Mitarbeitern zählten fast alle in den 1960er zu Professoren Berufenen. An diesem Institut wurden zahllose empirische Erhebungen über die Pfarren, den Kirchenbesuch und den Priesterbedarf, aber auch die Möglichkeiten der Mission an den Wiener Hochschulen durchgeführt. Die oftmals nur hektographierten Berichte enthalten Randauszählungen von Fragebogenerhebungen und tabellarische Zusammenfassungen.

Einer der jüngeren aus dem Umfeld Knolls, Ernst Topitsch, erwarb sich später Verdienste darum, Schriften Knolls posthum in deutschen Verlagen zu veröffentlichen; seine Wiener Habilitationsschrift *Vom Ursprung und Ende der Metaphysik* (Topitsch 1958) verdient wohl mehr als alle anderen Veröffentlichungen dieser Zeit hervorgehoben zu werden, da in diesem Buch, trotz seines stark philosophischen Duktus, ein analytisches Modell der Analyse von Weltanschauungen im breitesten Sinn dieses Ausdrucks systematisch entwickelt wird. Von dessen Verfasser stammt auch die Bezeichnung, die diesem Abschnitt als Überschrift voransteht: Katholische Restauration (Kleiner 2011). Wenig überrascht dann zu lesen, dass Topitsch 1951 nur für

„praktische Philosophie mit besonderer Berücksichtigung der Geschichts- und Sozialphilosophie“ habilitiert wurde.

Die 1950er Jahre zeichneten sich in Österreich nicht nur in der Soziologie durch einen Stillstand auf intellektuell sehr bescheidenem Niveau aus. Möglichkeiten, mit Stipendien der amerikanischen Regierung und von amerikanischen Stiftungen ins Ausland, vornehmlich in die USA zu gehen, um Neues kennenzulernen, wurden nur von sehr wenigen genutzt (vgl. Fleck 2015) und die wenigen Gastprofessoren, die dank der Fulbright Commission an österreichischen Universitäten lehrten, waren wenig profiliert und fanden kaum interessierte Hörer (vgl. König 2012b). Als der Ex-Österreicher Paul F. Lazarsfeld 1957 seine Geburtsstadt nach zwanzig Jahren erstmals wieder besuchte, berichtete er der Ford Foundation, in deren Auftrag er Europa bereiste, dass in Österreich „no brains, no initiative, no collaboration“ vorhanden wären. Er schlug der Ford Foundation daher vor, eine Initiative zu ergreifen, um in Wien ein Ausbildungszentrum für neue empirische Sozialwissenschaften zu gründen. Nach Überwindung von unzähligen, oftmals höchst skurrilen Hürden, wurde das Institut für Höhere Studien 1963 eröffnet (vgl. Fleck 2000). Nach holprigen Anfangsjahren war diese außeruniversitäre Einrichtung dann doch in der Lage, Jüngeren durch ausländische Gastprofessoren die Möglichkeit zu eröffnen kennenzulernen, was es in der Zwischenzeit anderswo an Entwicklungen gegeben hatte. Das anfangs nach dem Geldgeber Ford Institut genannte Haus bildete in den 1970er Jahren dann den Nukleus halbwegs der Zeit entsprechender Soziologie und Sozialforschung.

Überblickt man die soziologischen Publikationen, die in den zwanzig Jahren seit dem Kriegsende in Österreich veröffentlicht wurden, stehen neben dem erwähnten Buch Topitschs nur noch Arbeiten heraus, deren Autoren mit den Universitäten nicht oder nur marginal verbunden waren. Adolf Kozlik, der Anfang der 1950er Jahre aus eigener Initiative nach Österreich zurückkehrte (Fritzl 2004), fungierte in den Gründungsjahren des IHS als dessen beigeordneter Direktor (das heißt er war der von der schwachen Regierungspartei SPÖ nominierte Aufpasser des eigentlichen Direktors) und starb überraschend im Alter von 52 Jahren 1964 (Rothschild 1965). Freunde von ihm edierten einige Bücher, darunter *Wie wird wer Akademiker in Österreich?* (Kozlik 1965) Eine Veröffentlichung, die polemisch aber statistisch abgesichert die soziale Selbstrekrutierung der Gebildeten anprangerte und heute noch lesenswert ist. Eine weitere bemerkenswerte Schrift ist die Analyse der Konzentrationslager durch den Überlebenden Benedikt Kautsky *Teufel und Verdammte* (Kautsky 1946). Nachdem sich Hoffnungen Kautskys, eine universitäre Karriere in den USA zu starten, zerschlagen hatten, wirkte er in Graz als Leiter einer Bildungseinrichtung, die Betriebsräte schulte und bemühte sich an der dortigen Universität um eine Privatdozentur für Volkswirtschaftslehre und –politik, was ihm verwehrt wurde; stattdessen boten ihm die Professoren an, eine Venia für Sozialpolitik zu bekommen, was den Effekt hatte, dass Kautsky sich Privatdozent nennen durfte, aber nie Hörer zu Gesicht bekam, da Sozialpolitik kein Prüfungsfach der damaligen Studiengänge war.<sup>5</sup>

Eine dritte Veröffentlichung verdient erwähnt zu werden: Eine mehrbändige hektographierte Studie über den Bildungsbedarf der kommenden zehn Jahre bietet einen guten Blick auf die Kompetenzen der Sozialforscher der frühen 1960er Jahre. Neben einem bildungsökonomischen Teil von Josef Steindl (Steindl 1965) findet man auch zwei Texte von damals jungen Soziologen.

---

<sup>5</sup> Personalakt Benedikt Kautsky, UA Graz.

Diese zeichnen sich dadurch aus, dass man an ihnen den Abstand zwischen den Fähigkeiten heimischer Soziologen und dem, was zeitgleich kompetente Nicht-Österreicher, die dem Land gelegentlich sogar Besuche als Gastprofessoren abstatteten, schon zu tun fähig waren, dramatisch vorgeführt erhielt. Während die Österreicher ihre Randauszählungen mit der Hand auf Wachsmatrizen zeichnen (Freisitzer 1966; Wieser 1966), nutzte James Coleman u.a. nicht nur Großrechenanlagen, sondern auch Regression und andere avanciertere Auswertungstechniken (Coleman 1966). „OECD-Projekt Erziehungsplanung und Wirtschaftswachstum in Österreich“ und „Equality of Educational Opportunity“ stehen zueinander wie Dreschflegel zu Mähdrescher.<sup>6</sup>

Ein ganz klein wenig scheint österreichische Politiker und Professoren in diesen Jahren dann doch das Gefühl überkommen haben, dass im Staat Österreich nicht alles mit rechten Dingen zugehe und Reformen unerlässlich wären. Die Chance, im Zuge des als notwendig erachteten Ausbaus der österreichischen Universitäten auch die Soziologie in einer respektablen Form zu etablieren, wurde allerdings vertan.

### **Reform und Ausbau der Universitäten**

Das Anwachsen der Zahl Studierwilliger machte es für die österreichische Hochschulverwaltung erforderlich, den Ausbau der höheren Bildungseinrichtungen und die überfällige Reform der Studienordnungen in Angriff zu nehmen. Die Initiative dafür ging von einer Organisation aus, die aus der Verwaltung der Marshall Plan-Gelder hervorgegangen war und unter dem Namen Organisation für ökonomische Zusammenarbeit und Entwicklung, kurz OECD, bekannt wurde. Den Hintergrund ihrer Empfehlungen bildete die Annahme, dass wirtschaftliches Wachstum nur durch stetige Innovation gesichert werden könne, wofür mehr und besser qualifizierte Arbeitskräfte erforderlich wären. Diese bildungsökonomische Maxime machten sich verschiedene Staaten, darunter auch Österreich, zu eigen und sie gingen u.a. daran, das Hochschulwesen zu reformieren. 1966 kam es im Zuge dieser Bemühungen zur Schaffung von sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studienrichtungen, die an der Juridischen Fakultät angesiedelt sein sollten und die bisher dort ressortierenden Rechts- und Staatswissenschaften ergänzen sollten.

Das war in zweierlei Hinsicht bemerkenswert und zeitige Langzeitfolgen. An den Juridischen Fakultäten wurde traditionellerweise das österreichische Beamtentum ausgebildet. Das sogenannte Juristenmonopol reservierte praktisch alle höheren Positionen in der öffentlichen Verwaltung den Absolventen des Jus-Studiums, doch den Absolventen der neuen sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studienrichtungen blieben diese Karrieren vorerst verschlossen, sie mussten also anderswo Arbeit suchen (und fanden sie am Rande der staatlichen Bürokratie, in der Verstaatlichen Industrie und den dieser vorgelagerten Dienstleistungen, sowie bei den Sozialpartnern). Ungeachtet der Verankerung der neuen Studien an den Juridischen Fakultäten besaßen in deren Professorenschaft die Juristen eine deutliche Majorität, was bei den Berufungen Niederschlag fand. Nicht nur waren die Juristen staatstragend, sie waren auch insoweit patriotisch als sie Bewerber aus dem (zumeist: deutschsprachigen) Ausland ablehnend gegenüberstanden. Erst die Neuorganisation der Fakultätsstruktur 1975 machte dem ein Ende. Seit damals gibt es

---

<sup>6</sup> Zu Colemans Gastprofessuren s. Fleck (2000), Gudmund Hernes in: Tienda et al. (1996), p. 375.

eigene Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten, deren Lehrkörper von Anfang an deutlich mehr Nicht-Österreicher aufwies, was einen selbstverstärkenden Effekt zur Folge hatte.

Die Platzierung der Soziologie, anfangs an den Juridischen und später dann an den Sowi-Fakultäten, hatte aber noch eine zweite Facette. Die mächtigste der Disziplinen, die in der Philosophischen Fakultät zusammengefasst waren (bis 1975: sowohl Geistes- als auch Naturwissenschaften), waren die Historiker. Sie verhinderten, dass die neuen Studienrichtungen in ihre Domäne der Lehrerausbildung eindringen konnten. Erst als klar war, dass die Sowi-Studienrichtungen keine Ausbildung für Lehrer der Sozial- und Wirtschaftskunde an den Schulen der Sekundarstufe anbieten durften, zogen sie ihr Veto zurück (an den Schulen wird immer noch Sozialkunde von Historikern, Wirtschaftskunde von Geografen unterrichtet; die beiden Disziplinen monopolisieren auch die höchst lukrative Erstellung der Lehrbücher für den Sekundarschulunterricht).

Neu war auch die Einführung von Diplomabschlüssen nach acht Semestern für Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft und Soziologie (woran sich ein Doktoratsstudium anschließen konnte; die Juristen bewahrten das Doktorat als ihren Erstabschluss bis ins 21. Jahrhundert). Der erste Studienabschnitt von vier Semestern war für alle Studienrichtungen einheitlich, im zweiten Studienabschnitt waren Spezialisierungen vorgesehen. Während die wirtschaftswissenschaftlichen Studienrichtungen an allen bestehenden Juridischen Fakultäten (Wien, Graz, Innsbruck) und an der Hochschule für Welthandel (später: Wirtschaftsuniversität Wien) eingerichtet wurden, erlaubte das Unterrichtsministerium die Einrichtung soziologischer Studienmöglichkeiten nur an zwei Orten: der Universität Wien und an der neu gegründeten Hochschule (später: Universität) in Linz, die 1966 eröffnet wurde (ursprünglich hieß die Linzer Neugründung Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften; sie ist bis heute keine sogenannte Volluniversität). Nicht nur an diesen beiden Standorten, sondern auch an all den anderen, die Sowi-Studien anzubieten hatten, mussten Professuren für Soziologie eingerichtet werden, da die Soziologie ein Pflichtfach im ersten Studienabschnitt war. Zusätzlich erhielt die Universität Salzburg 1968 eine Professur für Kulturosoziologie an der Philosophischen Fakultät und, nach der Gründung der Universität für Bildungswissenschaften in Klagenfurt wurde dort 1973 eine Professur für Bildungssoziologie eingerichtet.

Innerhalb von fünf Jahren (1964-69) wurden zehn Ordinariate für Soziologie neu besetzt. Solche Phasen raschen Ausbaus können Fenster für Erneuerungen sein, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: Die Gruppe der in Wartestellung Befindlichen darf nicht zu klein sein und deren Mitglieder sollten sich noch nicht zu lange in der Warteschlange verdingen haben müssen. Ist ersteres nicht realisiert, droht, dass in Ermangelung von Auswahlmöglichkeit gleichsam jeder rekrutiert wird, der sich für eine Position interessiert. Sind die Anwärter aus welchen Gründen auch immer schon zu lange in dieser Lage, verpufft vermutlich der Innovationsschub, weil den Neueintretenden der Impetus dazu ob des langen Wartens verloren gegangen ist oder weil sie den Kontakt zur aktuellen Forschung verloren haben.<sup>7</sup>

---

<sup>7</sup> Zweites Phänomen konnte man in Deutschland und Österreich bei der Wiedereingliederung entnazifizierter Professoren beobachten: Die 1945ff. Entlassenen kamen in Österreich ab 1949, manche aber erst 1955 wieder an die Universitäten zurück; in Westdeutschland erfolgte diese Wiedereingliederung ab 1951.

### **Ein Bewerberpool mit einer Frau**

Wirft man einen Blick auf die soziologische Warteschlange im Österreich der 1960er Jahre kann man tatsächlich die Ergebnisse einer Totalerhebung berichten, die nicht viele Zeilen erfordert. Knoll verstarb 1963 und der Grazer Mehrfachprofessor Mokre näherte sich dem Emeritierungsalter und kam allein schon deswegen nicht als Kandidat für einen Wechsel an eine andere Universität in Frage. Insgesamt gab es bis zum Ende der 1960er Jahre acht Personen, die sich für Soziologie habilitiert hatten und daher für Berufungen in Erwägung gezogen werden konnten: In Graz hatte sich Anton Burghardt (geb. 1910) 1959 für Sozialpolitik habilitiert und erhielt 1962 auch noch die *venia* für Soziologie verliehen. Kurt Freisitzer (geb. 1928) habilitierte 1964 an der Juridischen Fakultät, an der er ab 1963 als Universitätsassistent auch beschäftigt war. Die erste Frau, die für dieses Fach in Österreich habilitiert wurde, Judith Jánoska-Bendl (geb. 1931) erwarb die Dozentur an der Philosophischen Fakultät 1965 (weswegen ihre Habilitation auf Philosophische Soziologie lautete). An der Universität Innsbruck hatte sich Johannes Papalekas (geb. 1924) schon 1953 für Soziologie habilitiert; er ging zwei Jahre später an die Sozialforschungsstelle in Münster, wohin er sich auch an die dortige Universität umhabilitierte. Julius Morel (geb. 1927) wurde 1968 für Soziologie habilitiert. An der Universität Wien gab es zwei Universitätsassistenten, die habilitiert waren bzw. sich habilitierten: Leopold Rosenmayr (geb. 1925), der schon 1955 zuerst für Sozialphilosophie (an der Philosophischen Fakultät) und 1959 an der Juridischen Fakultät auch für Soziologie habilitiert wurde, und Erich Bodzenta (geb. 1927), der 1962 diese Qualifikation erwarb und dort ebenfalls als Assistent tätig war. 1969 wurde der erste Soziologe an der neugegründeten Hochschule in Linz habilitiert: Laszlo Vaskovits (geb. 1936).

Die geringe Zahl der Dozenten macht deutlich, dass die Professoren dieser Zeit noch sehr darauf achteten, die Warteschlange nicht zu überfüllen. Es unterstellt wohl ein zu viel an Prognosefähigkeit, wenn man erwartet, dass die beiden einzigen österreichischen Soziologieprofessoren dieser Zeit die in der nahen Zukunft stattfindende massive Expansion des Universitätssystems hätten voraussehen können. Mokre und Knoll ließen in ihren Fakultäten nicht mehr als zwei potentielle Nachfolger die Statuspassage bewältigen – ohne diese hatte man damals keine Aussicht für eine Professur in Betracht gezogen zu werden. Beide erwarteten also eine stationäre Nachfrage nach soziologischem Nachwuchs.

Um die sich entfaltende Situation in ihrer ganzen Tragweite zu erkennen ist es nötig darauf hinzuweisen, dass bis zur Universitätsreform des UOG 1975 Professorenstellen nicht öffentlich ausgeschrieben worden sind.<sup>8</sup> Die Personalauswahl erfolgte so, dass - nachdem das

---

<sup>8</sup> Bei der Debatte um das Vorgängergesetz HOG 1955 begründete der damalige für die Hochschulen zuständige Sektionschef, der spätere langjährige Unterrichtsminister Heinrich Drimmel, die Nichtausschreibung folgendermaßen: „Die Ausschreibung von Dienstposten für [...] Professoren halte ich [...] für schwer gangbar. Vor allem bitte ich zu bedenken, dass der in Betracht kommende Personenkreis dem Professorenkollegium vor der Antragstellung ohnehin sehr wohl bekannt ist [...]. Wenn es aber nicht so wäre, müsste eine Ausschreibung, die ihren Zweck erfüllen will und hier bitte ich nicht zu übersehen, dass für Berufungen in vielen Fällen auch Ausländer in Betracht kommen *urbi et orbi* verlautbart werden, was praktisch nicht durchführbar ist. [...] Von all dem abgesehen, stünde mit Sicherheit zu erwarten, dass sich im Falle einer Ausschreibung sehr viel mehr Unberufene als Berufene bewerben würden [...]. Ich bemerke schliesslich, dass derartige Ausschreibungen an keiner Hochschule des deutschen Sprachraumes gebräuchlich sind und wir dafür auch im Hochschulrecht anderer [...] Staaten kein Beispiel gefunden habe.“ Zitiert nach König (2012a), S. 65.

Unterrichtsministerium eine Professorenstelle für die (Wieder-)Besetzung frei gegeben hatte - die zuständige Fakultät (d.i. die ordentlichen und beamteten außerordentlichen Professoren ergänzt um Vertrauensdozenten) eine kleine Kommission damit beauftragte, einen Dreivorschlag zu erstellen. Im Fall der Wiederbesetzung nach Emeritierung durfte der ausscheidende Professor Vorschläge unterbreiten und in manchen Fällen sogar selbst und allein die Dreierliste der Fakultät unterbreiten. Die Kommissionsmitglieder, die aus naheliegender Grund in der überwiegenden Mehrzahl nicht vom Fach waren, zogen Erkundigungen über mögliche Kandidaten ein und klärten mit diesen deren Interesse ab. Von aussichtsreichen Kandidaten wurden Publikationslisten erbeten. Die Kommission unterbreitete dann der Fakultät einen Dreivorschlag, der dort nicht immer auf Zustimmung stieß. Vor allem scheint es relativ häufig zu Umreihungen gekommen zu sein. Konnte sich die Fakultät auf keinen Vorschlag einigen, kam es zu Abstimmungen, häufig gefolgt von Separatvoten jener, die in der Minderheit blieben. Danach wurde dem Ministerium die Liste mit einer knappen Begründung bzw. einem Auszug des Sitzungsprotokolls übermittelt. Das Ministerium begann daraufhin die Berufungsverhandlungen, wobei die Reihung der Liste für das Ministerium nicht bindend war, dieses in seltenen Fällen sogar jemanden berief, dessen Namen gar nicht auf der Liste gestanden hatte.

Die Bandbreite der Kriterien, die für die Auswahl und Reihung herangezogen wurden, reichte dabei von dem Wunsch, rasch einen Nachfolger zu finden, Vertrautheit mit dem eigenen Haus über gute Lehre bis zur Positionierung jemandes im Spektrum des katholischen Glaubens. An einem Beispiel einer Nachbesetzung kann das illustriert werden.

Als im Wintersemester 1968/69 die Professur für Soziologie an der Hochschule für Welthandel wegen des Weggangs des bisherigen Stelleninhabers nach zu besetzen war, schlug die eingesetzte Kommission vor, die Stelle, die bisher eine ao. Professur gewesen ist, erstens in eine o. Professur umzuwandeln und zweitens den Rektor zu bitten, beim Ministerium eine zweite Professur genehmigt zu erhalten. Nur so könne man die beiden dringenden Erfordernisse realisieren, einen international anerkannten durch Forschung ausgewiesenen Kollegen zu gewinnen und sicherzustellen, dass die Lehre aufrecht erhalten werden kann. Für die erste Stelle wurden die Professoren Heinz Hartmann, Peter Atteslander und Christian v. Ferber genannt und für die zweite Stelle die beiden österreichischen Professoren Anton Burghardt und Erich Bodzenta, sowie als Dritter der Bonner Privatdozent Martin Emge. Ein Minderheitenvotum reiht die sechs Namen anders und sieht Hartmann und Atteslander jeweils an erster Stelle. Die „internationale“ Professur wurde letztlich nicht besetzt, weil Hartmann nach langen Verhandlungen absagte und im Sommer 1970 Atteslander, der schon 1966 einen Ruf an die Hochschule für Welthandel ausgeschlagen hatte, auch dieses Mal wiederum absagte. Mit dem Drittgereichten wurde dann gar nicht mehr verhandelt, die „internationale“, der Forschung gewidmete Stelle, blieb also vakant. (Einige Jahre später scheiterte eine neuerliche Liste wiederum, woraufhin die Professur umgewidmet wurde. Ein Ziel, das vielleicht manche Akteure von Beginn an im Auge hatten). Die der Lehre gewidmete Professur wurde rasch mit Burghardt besetzt.

Ob dabei ein als „vertraulich“ gekennzeichnetes Schreiben des langjährigen Professors für Volkswirtschaftslehre Richard Kerschagl, eines altgedienten Mitglieds der Hochschule für Welthandel, an den Rektor seiner Hochschule eine Rolle spielte, lässt sich nicht mit Sicherheit

sagen.<sup>9</sup> Die Argumente, die dieser der Kommission nicht angehörende Emeritus zugunsten Burghardts, des einzigen Absolventen der Welthandel unter den Bewerbern, ins Treffen führt, verdienen Beachtung, weil sie uns einen Blick in die damalige Denkweise erlauben. Neben dem Hinweis auf die Vertrautheit mit dem eigenen Haus führt Kerschagl ins Treffen, dass Burghardt auch für Sozialpolitik habilitiert sei und sich im Gespräch bereit erklärt habe, „jederzeit auch Vorlesungen auf diesem Gebiet“ zu halten. Burghardts gescheiterter früherer Versuch, sich an seiner Hochschule für Volkswirtschaftslehre zu habilitieren, spielt Kerschagl herunter (und ließ natürlich das Scheitern an anderem Ort unerwähnt) und er fühlt sich veranlasst, die politische und religiöse Verortung des künftigen Kollegen detailliert auszubreiten:

Er ist ausserdem keineswegs ein Linkskatholik wie Du zu glauben scheinst, sondern er ist CVer und ist eher sehr rechtsstehend, mehr als ich selbst. Dass er kurze Zeit in der Furche [einer Wiener Wochenzeitung, die im Ruf stand linkskatholisch zu sein] tätig war, identifiziert ihn noch lange nicht mit allen Aufsätzen, die je in der Furche gestanden sind und die auch durchaus nicht mein Geschmack sind. Er selbst hat jedoch nichts dergleichen geschrieben. Ich möchte schliesslich auch noch darauf hinweisen, dass jemand, der sich mit Soziologie befasst, sich selbstverständlich auch mit sozialen Problemen befassen muss, was natürlich noch lange nicht eine Neigung zum Marxismus bedeutet.

Schließlich möchte ich noch sagen, dass angesichts der besonders engen Verbindung zwischen Sozialgesetzgebung und juridischen Problemen überhaupt ein Nichtösterreicher praktisch nur wenig [!] Voraussetzungen für eine solche Lehrkanzel mitbringen würde. Wofür wir leider an anderen Hochschulen typische Beispiele haben, wo zum Beispiel ein aus dem Ausland berufener Ordinarius nicht österreichische Steuergesetzgebung lesen kann und wo zum Beispiel ein aus dem Ausland berufener Verwaltungsrechtler von österreichischem Verwaltungsrecht keine Ahnung hat.<sup>10</sup>

Andere Berufungsverfahren verliefen recht ähnlich, wobei die erhalten gebliebenen Akten sehr fragmentarisch sind. Als Leser solcher Schriftstücke verspürt man überdeutlich, dass man sich mit dem abfinden muss, was auf einem Teil der Vorderbühne präsentiert wird; was die Ensembles bewegte, kann den Akten nicht entnommen werden. Allerdings kann man die Ergebnisse betrachten und bewerten.

Die acht weiter oben genannten Männer mit einer soziologischen Lehrbefugnis erhielten alle innerhalb weniger Jahre an österreichischen Universitäten Professuren; nur Frau Jánoska-Bendl nicht. Sie ging 1965 gemeinsam mit ihrem Ehemann, dem Philosophen Georg Jánoska als Dozentin an die TH Darmstadt und übersiedelte wiederum im Schlepptau ihres Ehemanns 1967 nach Bern, wo sie anfangs als Privatdozentin für Soziologie und später als „nebenamtliche ao. Professorin“ an der dortigen Universität Soziologie lehrte (vgl. ihren autobiografischen Text: Janoska 1996).

Der erste aus der soziologischen Warteschlange, der zum Professor (für Soziologie und Sozialphilosophie) aufstieg, war Leopold Rosenmayr, der 1961 an seiner Universität zum ao.

---

<sup>9</sup> Über Kerschagl s. Klausinger (2015).

<sup>10</sup> Richard Kerschagl an Rektor Willy Bouffier, 14. 11. 1968, Präs. Akten 101 + 102/1968, Karton 126, Archiv der WU.

Professor aufstieg und die ersten beiden Dienstjahren als Junior neben Knoll wirkte. Nach Knolls Tod vertrat er das Fach bis 1966 allein. Ihm gelang es, bei der Berufung neuer Professuren jene Kandidaten zu protegieren, von denen er sicher sein konnte, dass sie ihn weder überstrahlen, noch eine wie immer geartete Konkurrenz darstellen würden. (Hinzu zu fügen ist, dass wohl auch die kollegiale Kontrolle durch die anderen Professoren der Fakultät außer Kraft gesetzt war oder wurde.) Manche der neu Berufenen verließen rasch wieder Wien und Nachbesetzungen scheiterten oftmals am Ränkespiel, für das Wien immer schon berühmt war. Hinzu kam, dass Rosenmayr und andere Professoren seiner Fakultät das neu gegründete IHS versuchten sich dienstbar zu machen, sei es durch Umleitung von Geldern oder durch Platzierung von Günstlingen und Mitarbeitern in dieser anfangs finanziell wohl dotierten außeruniversitären Einrichtung (vgl. Fleck 2000 und Fleck 2016). Der zweite Soziologieprofessor der Universität Wien kam denn auch vom IHS: Robert Reichardt (geb. 1927) hatte dort dank der Fürsprache seines Mentors Oskar Morgenstern die Leitung der Abteilung für Soziologie inne gehabt und sich kurzfristig 1965 an der Universität Basel habilitiert, um im darauffolgenden Jahr seine Stelle an der Universität Wien anzutreten.

An der neu gegründeten Linzer Hochschule wurde es den Mitgliedern eines Gründungsausschusses erlaubt, sich selbst zu Professoren zu machen. Erich Bodzenta gehörte ab 1964 dem vierköpfigen Gründungssenat an und war daher wohl federführend bei der Auswahl seiner Kollegen. 1965 trat Bodzenta dort den Dienst an, 1966 wurde Friedrich Fürstenberg (geb. 1930) von der Bergakademie Clausthal-Zellerfeld (heute Technische Universität Clausthal), 1968 der Privatdozent und Priester Jakobus Wössner (geb. 1921) von der Universität Erlangen-Nürnberg und 1969 Hans Bach (geb. 1911) von der Wiener Hochschule für Bodenkultur berufen; letzterer für Agrarpolitik und -soziologie.

In Graz hatte Burghardt ab 1966 eine Professur für Sozialpolitik und Betriebssoziologie und Freisitzer nahm 1968 den Ruf auf ein zweites Ordinariat (neben Mokre) für Soziologie an, nachdem er davor drei Jahre lang eine ao. Professur an der Hochschule für Welthandel in Wien wahrgenommen hatte.

In Innsbruck wurde das Mitglied des Jesuitenordens Julius Morel 1968 habilitiert und zeitnah zum Ordinarius berufen, nachdem u.a. Papalekas einen Ruf abgelehnt hatte. 1968 erhielt Mohammed Rassem (geb. 1922) von der Universität Saarbrücken einen Ruf an die neu geschaffene Professur für Kultursoziologie an der Universität Salzburg. An der Akademie für Musik und darstellende Kunst wurde Kurt Blaukopf (geb. 1914) ohne habilitiert zu sein, 1968 zum ao. Professor für Musiksoziologie ernannt (1977 o. Professor ebendort; s. Blaukopf 1998).

Der zweiten Generation von Professoren der Soziologie in Österreich gehören also alle davor in der Warteschlange verweilenden Männer an, zu denen sich Nicht-Österreicher hinzugesellten, die mit nur wenigen Ausnahmen eine deutliche Verankerung im katholischen Milieu auszeichnete. Die wissenschaftliche Reputation der Mitglieder dieser Berufungskohorte kann man als unterdurchschnittlich bezeichnen; nur drei von ihnen, Blaukopf, Fürstenberg und Rosenmayr, ragen aus der Mediokrität der Mehrheit heraus. Diese drei sind auch die einzigen aus dieser Kohorte, die in ihren Lebensläufen längere Studienaufenthalte im nicht-deutschsprachigen Ausland verzeichnen. Die bescheidene Vertrautheit mit dem, was es an intellektuellen Entwicklungen im Ausland gab, kann man beispielsweise einem Bericht über eine Reise ins

benachbarte Westdeutschland entnehmen, den ein Wiener Assistent seiner Dienstbehörde nach der Rückkehr im November 1963 erstattete; darin liest man:

Zunächst fand [...] unter internationaler Beteiligung eine Versammlung des Ausschusses Religionssoziologie der DGS statt. Vor 40 Teilnehmern referierten die Professoren D. Goldschmidt, Berlin; F. Fürstenberg, Clausthal und S. Schreuder, Nymwegen. Thematisch wurde vor allem die Anwendung der in der Soziologie vorherrschend gewordenen sogenannten „strukturell-funktionalen Analyse“ behandelt. Unterzeichneter beteiligte sich an der Kritik einer Überbewertung dieser Methode und referierte am zweiten Tag kurz über österreichische Dissertationen und Forschungsvorhaben.<sup>11</sup>

Es scheint angemessen, die Institutionalisierung der Soziologie an Österreichs Universitäten als die zweite vertane Chance zu bezeichnen. Hatte man es in den unmittelbaren Nachkriegsjahren verabsäumt, durch eine forcierte Rückholung vertriebener Wissenschaftler einen Neuanfang zu versuchen, begnügte man sich in den 1960ern damit, selbst noch den Bodensatz des akademischen Nachwuchses in führende Rollen zu befördern.<sup>12</sup> Hätte es Alternativen gegeben? Da zur gleichen Zeit im benachbarten Deutschland ebenfalls ein massiver Ausbau bestehender und eine Neugründungswelle von Universitäten stattfand, war nicht zu erwarten, dass man von dort erstklassige Soziologen gewinnen hätte können; das Einkommensgefälle zwischen deutschen und österreichischen Professorengehältern stand dem ebenso entgegen wie die Marktmacht der wenigen Bewerber angesichts der Fülle an Jobofferten. Eine Alternative, die nicht einmal auszuloten versucht wurde, wäre die Rückholung von ehemaligen Österreichern aus den USA gewesen, die Mitte der 1960er Jahre vielleicht sogar aussichtsreicher hätte sein können als zwanzig Jahre davor. Manche der Exilierten erreichten an ihren Universitäten das damals noch geltende obligatorische Rentenalter und da nun Österreich auch wirtschaftlich und politisch stabil war, hätte der Versuch vielleicht sogar Früchte getragen.<sup>13</sup>

### **Lautstarke Studenten – verunsicherte Ordinarien**

Die vergleichsweise noch recht jungen, neu berufenen Professoren trafen auf eine steigende Zahl von Studierenden, unter denen jene, die Sympathien für die Studentenbewegung zeigten, ein nicht leicht zu handhabendes Klientel darstellten. Zwar gab es der Rebellen in Wien und anderswo in Österreich nur wenige, diese wenigen wiesen aber eine starke Affinität zur Soziologie auf und hatten selbst keinerlei Zweifel, klüger zu sein als jene, in deren Lehrveranstaltungen sie saßen und die sie in Debatten verwickelten.

Die ganze Hilflosigkeit der Älteren kommt in einem erhalten gebliebenen Entwurf eines Flugblattes zum Ausdruck, den der damalige Gast- und nachmalige ao. Professor für Soziologie Walter B. Simon in Erwartung weiterer Störungen im November 1975 seinem Dekan zusandte. Unter der Überschrift „Pseudorevolutionäres Chaos oder revolutionäre Reform“ liest man u.a.:

---

<sup>11</sup> Erich Bodzenta an das Dekanat der rechts- und staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien, 22. November 1963, PA Bodzenta, UA Wien.

<sup>12</sup> Wem dieses Urteil zu harsch erscheint, den verweise ich auf die Personal- und insbesondere Habilitationsakten der genannten Personen, worin sich in mehr als einem Fall größte Nachsicht gegenüber dem Habilitationswerber manifestiert. Man kann aber auch schlicht die erhalten gebliebenen intellektuellen Spuren der Mitglieder dieser Kohorte inspizieren.

<sup>13</sup> Verwiesen sei nur darauf, dass F.A. Hayek einen Ruf nach Freiburg auch deswegen annahm, weil ihm seine Pensionseinkünfte in Chicago nicht ausreichend erschienen.

Gezielte Veränderungen gesellschaftlicher Strukturen sind nur dann konstruktiv im Dienste des Volkes, wenn sie in ungehemmter Kommunikation, das heißt, in ungehemmtem Austausch von Information, Ideen und Anschauungen entwickelt werden. [...] An Hochschulen fallen besonders pseudorevolutionär Chaotiker auf, [...] die das Wort an sich reißen, um Leute zum Zuhören zu zwingen, die sie nicht hören wollen. Denn wer sie hören will, der kann ja in ihre Veranstaltungen gehen, die überall angekündigt sind.

Das vermutlich doch nicht zur Verteilung gelangte Anti-Flugblatt endet mit dem Versuch, Mao Zedong in angeblicher Übersetzung Franz Grillparzers gegen die Hochschulchaoten zu zitieren:

Studenten, die nicht studieren, das sind doch keine Studenten./ Studenten, selbst wenn sie studieren, sind eben doch nur Studenten.

Uns aber bedarfs nicht an Studenten – uns bedarf es an Studierten,/ was einmal werden die Studenten, wenn sie heut fleißig studieren.<sup>14</sup>

Der Hilflosigkeit der Professoren stand in den 1970er Jahren die große Resonanz gegenüber, die die Soziologie außerhalb der akademischen Welt damals fand und sie zu etwas Modischem machte, das die Kritik am Establishment ubiquitär werden ließ. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, wussten die universitären Soziologen allerdings mit den Jüngeren nicht viel anzufangen. Ganz ähnlich besorgt war die erste Wissenschaftsministerin, Hertha Firnberg, die einer Ausweitung des soziologischen Lehrangebots ebenso reserviert gegenüber stand, wie sie keine Vermehrung von universitären Stellen für Soziologen wollte.

### **Außeruniversitäre Expansion**

Die ersten Absolventen der neuen Studienrichtung und die mit einem Zertifikat versehenen Absolventen des Instituts für Höhere Studien fanden nur außerhalb der Universitäten einen Abnehmer für ihre Fähigkeiten und ihr Engagement. 1970 übernahmen erstmals die Sozialisten die Regierung, zuerst als Minderheitsregierung und nach Erringung der absoluten Stimmenmehrheit 1971 als stabile Alleinregierung. Zum Regierungswechsel war es auch gekommen, weil die SPÖ Reformen versprochen hatte, die sie nun auch zügig in Angriff nahm. Für manche der Reformagenda erschien es sozialistischen Politikern sinnvoll und geboten, Begleitforschung in Auftrag zu geben. Die SPÖ-Führung betrachtete es auch als sinnvolle Strategie, die Energie der rebellischen akademischen Jugend in kontrollierte Bahnen zu lenken. Was konnte dafür besser funktionieren als ihnen Arbeitsplätze zu geben? SPÖ-Politiker wie Bruno Kreisky gingen dabei sehr zielstrebig vor: fehlende „formale“ Qualifikationen (wie ein Studienabschluss) hielten ihn als Präsidenten des Kuratoriums des IHS nicht davon ab, sich für deren Aufnahme als „Scholaren“ massiv zu verwenden. Rasch erwarb das IHS daher den Ruf einer roten Kaderschmiede (Knorr-Cetina 2005, Knorr-Cetina 2007 und Strasser 2015).

Es dürfte nicht mehr überraschen, wenn nun darauf hingewiesen wird, dass die rebellischen jungen Soziologen es sich natürlich nicht nehmen ließen, den revolutionären Impetus auch in den

---

<sup>14</sup> Personalakt Walter B. Simon, UA Wien. Im konkreten Fall gewinnt der Fall eine zusätzliche Dimension, da der 1918 in Wien geborene Simon 1938 flüchten musste und erst 1972 eben als Gastprofessor dorthin zurückkehrte.

kleinen Verein hineinzutragen, der (in der alten Ausdrucksweise) als ihre Standesvertretung betrachtet wurde, die Österreichische Gesellschaft für Soziologie (ÖGS). Anlässlich der 1971 routinemäßig stattfindenden Neuwahl des Vorstandes kandidierte eine oppositionelle Liste und gewann die Abstimmung knapp, hatten die Betreiber der Revolte es doch durchzusetzen vermocht, dass die Neuaufnahme von Mitgliedern vor der Wahlabstimmung erfolgte. Zum Präsidenten kürten die Aufständischen den habituell liberalsten Ordinarius Kurt Freisitzer und im Vorstand saßen neu Heinz Steinert, jemand, der sich als Assistent Freisitzers bei diesem gerade habilitierte, und Adolf Holl, ein von der Ausübung seines Priesteramtes Verbannter, aber auch einer, der als Vertreter der konservativen Seite, sprich der ÖVP, akzeptabel erschien, galten doch damals noch die Nachwehen der Proporz-Kultur, die zwar Domänen der einen Partei ermöglichte, was aber um den Preis eines Aufpassers aus den Reihen der anderen Partei erkaufte werden musste. Die ÖGS verzichtete erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre darauf, diese stillschweigende Regel einzuhalten.

Gemäß der skizzierten Interessenlage auf Seiten der Regierung und der SPÖ wurden in den 1970ern diverse Forschungsinstitute gegründet oder deren Entstehen tatkräftig unterstützt. Vor allem im Feld der Rechtsreform, bei der Krankenhaus- und Psychiatriereform sowie in der Stadtforschung wurden Forschungsgruppen initiiert oder unterstützt, von denen einige sogar bis in die Gegenwart weitergeführt wurden. Die Organisationsstruktur dieser Institute war fast immer dieselbe. Als Träger fungierte ein Privatverein, dessen Mitglieder zugleich Angestellte des Instituts waren, das zu betreiben Zweck des Vereins war. Subventionen für die Aufrechterhaltung des Instituts erhielten die Vereine nur auf Jahresbasis, den privilegierten unter ihnen gelang es, eine „Budgetpost“ (also eine eigene Zeile im Budget eines Ministeriums) zu werden, wodurch die Verstetigung des Mittelzuflusses sicher gestellt war. Eine zweite stabilisierende Mittelzuwendung waren so genannte „lebende Subventionen“, worunter zu verstehen ist, dass ein(e) Mitarbeiter(in) in den Personalstand eines Ministeriums aufgenommen wurde, aber dem Institut dienstzugeteilt wurde. (Es soll vorgekommen sein, dass solches Personal nach Auflösung eines Vereins/Instituts als verloren gegangene Beamte ihre Gehälter weiterbezogen, ihren Arbeitsplatz aber lieber in ein Wiener Kaffeehaus verlegten, statt sich bei der sein Gehalt zahlenden Stelle zurückzumelden). Von diesen raren Benefizien abgesehen, lebten die Forschungsinstitute von eingeworbener Auftragsforschung, die üblicherweise für zwei Jahre finanziert wurden.

Experten aus dem Dunstkreis der Gewerkschaften gründeten 1961 eine Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft und veröffentlichten ab 1963 mit *Die Meinung* die erste österreichische fachsoziologische Zeitschrift. Sie waren ersten, die Wahlforschung betrieb – und darüber publizierte: *Der durchleuchtete Wähler. Beiträge zur politischen Soziologie in Österreich* (Blecha, Gmoser und Kienzl 1964). Das 1965 gegründete Institut für empirische Sozialforschung IFES entstand in diesem Umfeld und betrieb kommerzieller Marktforschung. Dessen langjähriger Direktor Karl Blecha, der sein Studium nie mit einem Zertifikat krönte, fungierte für die Soziologengemeinschaft als eine wichtige Brücke in die SPÖ-Führung, der er später selbst angehören sollte. Seinem Einsatz ist es zu verdanken, dass die 1976 gegründete *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* (ÖZS) von einem Verlag über Jahre hinweg quersubventioniert wurde. Der zweite Ko-Autor der ersten, ganz dem Vorbild Lazarsfelds folgenden Wähleruntersuchung, Heinz Kienzl, wurde ein weiterer Sponsor der jungen Soziologengeneration. Nach seinem

Wechsel in die Direktion der Nationalbank 1973 hatte er Zugriff auf die Mittel des 1966 gegründeten Jubiläumsfonds, die er großzügig und ziemlich unbürokratisch vergab.

Eine besonders sichtbare, wenn auch nicht wirklich rühmliche Rolle spielte in diesem Feld die Ludwig Boltzmann Gesellschaft, ein Trägerverein der Anfang der 1960er Jahre gegründet wurde, um nun doch ein linkes Gegengewicht gegen die konservative Vorherrschaft in den Universitäten zu etablieren. Finanziert wurde die Gesellschaft ausschließlich durch Subventionen der Gebietskörperschaften Bund und Stadt Wien, was den Vorteil bot, die Mittel an den Beamtenaugen der Ministerien vorbei zu dirigieren und viele Jahre lang ihre Verwendung der formalen Kontrolle durch den Rechnungshof zu entziehen. Das war nicht effizient im Sinne ökonomischer Lehrbücher, aber, da die Verwaltung vom höchsten Beamten der Stadt Wien nebenberuflich erledigt wurde, auch nicht besonders kostenintensiv. Die Politik der Boltzmann Gesellschaft bestand ab den 1970er Jahren darin, einige Institute zu etablieren, die Forschungslücken füllen sollten, ansonsten aber Lieblingen der Wissenschaftsministerin ein Zubrot oder einen zusätzlichen Assistentenposten zu gewähren. Zu ersteren Initiativen zählen die Institute für die Geschichte der Arbeiterbewegung, Medizinsoziologie und bis zum Hinauswurf aus der Boltzmann Gesellschaft jenes für Rechts- und Kriminalsoziologie.

Auch wenn die Organisation der soziologischen Forschung alles andere denn optimal war, nahm die Produktivität im Vergleich zu den Jahrzehnten davor markant zu, nicht nur in Summe sondern auch gleichsam per capita – der außeruniversitären Soziologen und zunehmend auch: Soziologinnen. Der hektographierte Endbericht wurde das Distinktionsmerkmal dieser Generation von Soziologinnen und Soziologen. Deutlich seltener wurden daraus Monografien oder wurden die Daten und Ergebnisse in wissenschaftliche (Standard-) Aufsätze transformiert.

Zwischen 1972 und 1979 gelang es sechzehn Mitgliedern dieser Generation sich an österreichischen Universitäten für Soziologie (oder Teilgebiete) zu habilitieren. Das klingt nach gelungener Nachwuchspflege jener, die knapp davor zu Professuren gelangt waren, tatsächlich war es anders. Nur sechs erhielten eine uneingeschränkte Venia für Soziologie, was deren Besitzern erlaubte, sich mit Aussicht auf Erfolg um Professuren zu bemühen, später dann zu bewerben, was an österreichischen Hochschulen und Universitäten nur einem gelang, Stefan Titscher, der in Innsbruck 1976 habilitiert wurde und ab 1980 eine Professur an der Wirtschaftsuniversität Wien wahrnahm. Vier weitere mussten nach Westdeutschland abwandern, von wo keiner nach Österreich zurückberufen wurde. Der sechste im Bunde profitierte von der Möglichkeit, eine Universitätsassistentenstelle an der Universität, an der er habilitiert wurde, in eine damals geschaffenen ao. Professur neuen Typs (die mit den davor und danach existierenden gleichnamigen Professorentiteln nichts gemein hatte) umzuwandeln. Ein Aufstieg gelang auch vier Personen, die mit einer sogenannten eingeschränkten bzw. spezifizierten Venia habilitiert wurden und deren Assistentenstellen in Lebenszeitstellen umgewandelt wurden oder die ao. Professoren neuen Typs wurden.<sup>15</sup> Dreien dieser „eingeschränkt“ – wie das Codewort lautet – Habilitierten gelang es trotz dieses Handikaps eine Professur in Österreich zu erlangen: Justin Stagl kehrte 1991 nach einer Zwischenstation in Bonn nach Salzburg zurück, wo er 1973

---

<sup>15</sup> Habilitationen sollten für ein ganzes Fach erteilt werden, doch die Professoren setzten sich oft über diese Bestimmung hinweg und votierten für Venias mit Zusätzen wie „Soziologie, mit besonderer Berücksichtigung“, „Soziologie, unter Einschluss von“, „Soziologie und relevante Teilgebiete“ oder gewährten nur spezialisierte Fachbezeichnungen, wie Verstehende, Kunst-, Pädagogische, Wissenschaftssoziologie u. dgl.

habilitiert worden war. Klaus Zapotocky wurde 1976 Nach-Nachfolger seines Patrons Bodzenta in Linz und Wolfgang Schulz wurde 1981 an jenes Institut der Wiener Universität zurückberufen, wo er sich 1974 habilitiert hat.

### **Veröffentlichungen der ersten professionellen Soziologinnen und Soziologen**

Wirft man einen vergleichenden Blick auf die Veröffentlichungen dieser Kohorte und beschränkt man den Zeitraum auf die Jahre vor bis vier Jahre nach der Dozentur (im statistischen Mittel aller österreichischen soziologischen Dozenten erlangten sie, wenn überhaupt, innerhalb dieses Zeitraums eine Professur) dann wird ziemlich deutlich, dass jene, deren Bücher (oftmals umgearbeitete Habilitationsschriften) Resonanz fanden, nicht zu denen gehörten, die nach der Dozentur auf eine Professur in Österreich berufen wurden.<sup>16</sup>

Der vor und unmittelbar nach der Habilitation produktivste Soziologiedozent dieser Kohorte war Roland Girtler, der in dem gewählten Zeitfenster fünf Bücher verfasste; drei Bücher veröffentlichte der Kunsthistoriker und -soziologe Gerhardt Krapner, je zwei Bücher findet man von Henrik Kreutz, Klaus W. Mayer, Gertraude Mikl-Horke, Justin Stagl und Heinz Steinert; je eines von Rudolf Burger, Josef Kurzreiter, Otto Nigsch, Hermann Strasser, Stefan Titscher und Klaus Zapotocky, während von Sigrid Paul, Wolfgang Schulz und Irmfried Speiser keine Veröffentlichungen zu finden waren.

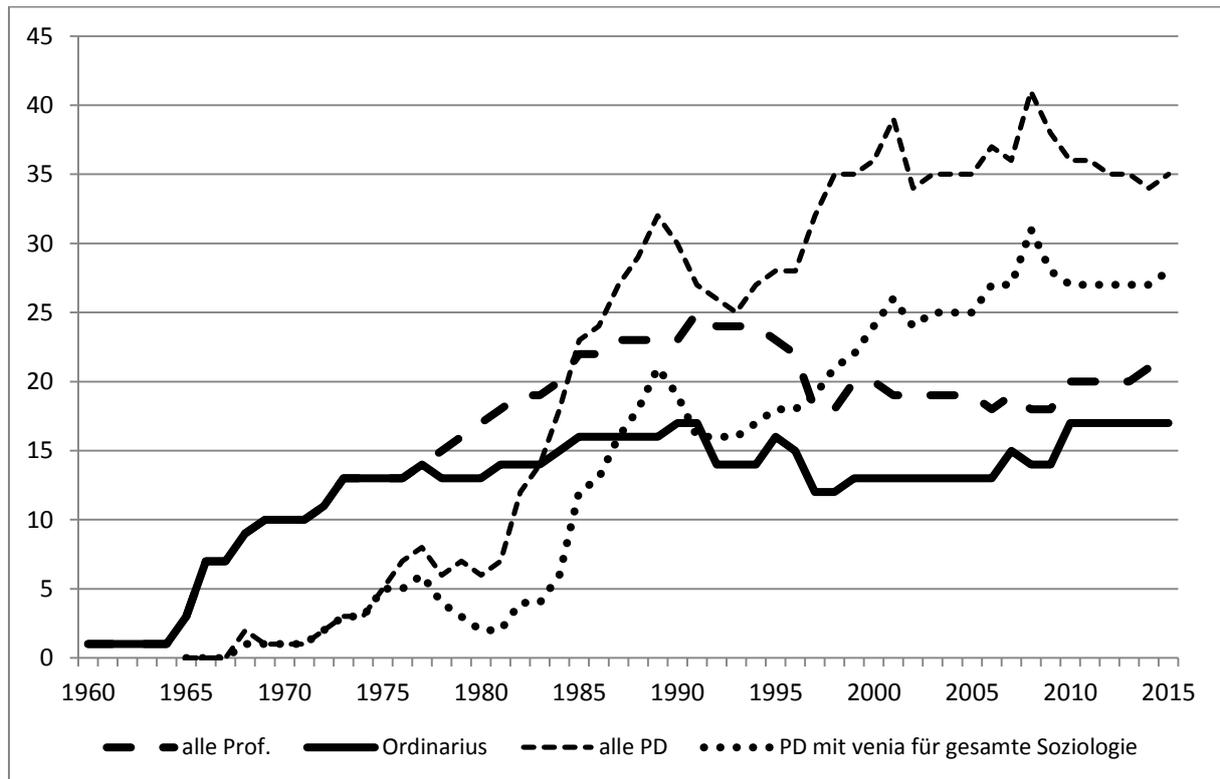
Das Porträt dieser dritten Generation österreichischer Nachkriegssoziologinnen und -soziologen wäre unvollständig, würde man darauf vergessen, darin jenen einen Platz einzuräumen, die Österreich verlassen haben. Die Daten dazu sind verständlicherweise stärker anekdotisch, liefern aber doch eine recht klare Botschaft. Ohne hierzulande eine Habilitation als Türöffner für weitere Karriereschritte erworben zu haben gingen u.a. Karin Knorr-Cetina, Helga Nowotny, Michael Pollak, Georg Vobruba und Hans Georg Zilian in den 1970er ins Ausland, aus dem nur Nowotny auf eine Professur in Österreich zurückberufen wurde. Einige dieser Auswanderer erkundeten davor Möglichkeiten des akademischen Aufstiegs in Österreich, andere unterließen dies, sei es aus Weitsicht oder Wanderlust. Klar ist aber in jedem dieser Fälle, dass Österreichs akademische Türsteher dieser Jahre keinen Versuch unternahmen, auch nur einen aus dieser Gruppe zum Verbleiben zu überreden.

In den 1980er Jahren nahm die Zahl der Habilitation weiter zu. Grafik 1 bietet einen Gesamtüberblick über die beiden Gruppen von Professoren und die beiden Kategorien von Dozenten für den gesamten Zeitraum, der hier interessiert. Berücksichtigt wurden jene Personen, die dem akademischen Arbeitsmarkt im Prinzip zur Verfügung standen, also unter Weglassung Verstorbener, ins Ausland Abgewanderter und jener, die wegen Erreichung der Altersgrenze für eine Berufung nicht mehr in Frage kam. Deutlich wird, dass ab dem letzten Drittel der 1970er Jahre bei den Ordinarien kaum noch neue Stellen hinzukamen, während die Gruppe der sogenannten ao. Professoren neuen Typs wuchs (nach 2004 wurden keine am Titel erkennbaren Unterschiede bei Professoren mehr gemacht). Bis zur Mitte der 1990er Jahre hatten Dozenten mit uneingeschränkter Venia statistisch eine Chance eine Professorenstelle zu erlangen; danach

---

<sup>16</sup> Gesucht wurde im online Katalog der Deutschen Nationalbibliothek nach selbständigen Veröffentlichungen, die in regulären Verlagen erschienen sind und den Gesuchten als Allein- oder Mitautor ausweisen.

nahm ihre und die Zahl der eingeschränkt Habilitierten deutlich zu, was heißt ihre Chancen, eine Professur zu erlangen kollabierten.<sup>17</sup>



Grafik 1: Entwicklung des Bestands an Soziologinnen und Soziologen an österreichischen Universitäten nach Statusgruppen

Quelle: Laufende eigene Erhebung, Personalverzeichnisse und Mitteilungsblätter der Universitäten, Pressemitteilungen, u.a. Untererfassung nicht ausgeschlossen.

Mit dem Ende der SPÖ-Alleinregierungen 1983 erlahmte der Reformeifer nicht nur der Politik, sondern auch der Soziologen. Die 1980er Jahre eröffneten wegen der erstmals wieder ansteigenden Zahl Arbeitsloser den Arbeitsmarktforschern unter den Soziologen Forschungsaufträge des Sozialministeriums, welches auch eine Schriftenreihe „Forschungsberichte aus Sozial- und Arbeitsmarktpolitik“ (62 Bände zwischen 1982 und 1999) initiierte. Dank großzügiger Verteilung fanden ihre Bände deutlich weitere Verbreitung als übliche akademische Veröffentlichungen. Deutlich wurde auch, was im vorhergehend Gesagten angedeutet wurde: eine Auseinanderentwicklung von universitärer und außeruniversitärer Soziologie. Der Personalstand der Universitäten wuchs nur unwesentlich, jene die eine Stelle erhielten, konnten diese oftmals sogar dann in eine Lebenszeitstelle umwandeln, wenn sie die Qualifikation in Form der Habilitation nicht erbrachten – ein deutliches Zeichen für ein geschlossenes Arbeitsmarktsegment, in dem Entlassungen umso unwahrscheinlicher wurden, je länger man in ihm verweilte. Der Strukturwandel der Universitätslehrer: wenige neu berufene Professoren dafür eine wachsende Gruppe des Mittelbaus, und die Folgen der Demokratisierung der Entscheidungsprozesse führten gemeinsam mit einem gewandelten Selbstverständnis der

<sup>17</sup> Hinzufügen muss man, dass bis 2004 Universitätsassistenten, die sich habilitierten, Anspruch auf Lebenszeitstellungen hatten.

Universitätslehrer, sowie einer Pluralisierung der (partei-) politischen Präferenzen zu einem System, das im Wesentlichen mit sich selbst beschäftigt war.

### **Öffnung nach Europa**

Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Gemeinschaft, später: Europäische Union, 1995 veränderte die Lage vor allem für die außeruniversitäre Forschung. Jene Institute, die bis dahin überlebt hatten, bewarben sich um Mittel aus den Rahmenprogrammen. Einige von ihnen waren dabei überraschend erfolgreich. Zwei Folgen sind erwähnenswert: Zum einen internationalisierten sich jene, die an europäischen Projekten partizipierten und intensivierten die Kommunikation in englischer Sprache. Zum anderen erforderte das erfolgreiche Konkurrieren um europäische Gelder eine geänderte Verhandlungstaktik; das Antichambrieren im Dunstkreis von Parteien, Ministerbüros und der Ministerialbürokratie war für diese Art von Auftragserlangung nicht mehr nötig, dafür galt es internationale Netzwerke zu flechten und zu verdichten. Die universitäre Soziologie zeigte gegenüber dieser neuen Option der Forschungsförderung anfangs wenig Interesse. Bis zum 7. Rahmenprogramm funktionierte die Projektakquise für die außeruniversitäre Forschung durchaus zufriedenstellend, Horizon 2020 scheint hingegen neue Hürden errichtet zu haben, deren Folgen im Detail noch nicht abzuschätzen sind. Bei dem seit 2007 aktiven European Research Council konnte die österreichische Soziologie bislang keine „Gewinner“ stellen; ein erster Grant, der an einem heimischen Institut für Soziologie, dem der Universität Innsbruck, angedockt hat, entstand ohne soziologischen Input aus heimischer Produktion.

### **Nutznießler der neoliberalen Reform?**

2004 wurden die österreichischen Universitäten in die Autonomie entlassen, eine Reform, die von ihren Gegnern gemeinsam mit der parallel erfolgten Bologna Reform als „neoliberal“ gebrandmarkt wurde: Die Universitäten würden dem Regime des Marktes untergeordnet. Diese Sichtweise kann hier nicht im Detail diskutiert oder gar geprüft werden. Ich beschränke mich daher, jene Änderungen zu erwähnen, die auch für die Entwicklung der Soziologie eine Rolle spielten. Die Entscheidungen über Personalrekrutierung und über Änderungen des Studienangebots wurden in die Universitäten hineinverlegt, deren Rektorate professionalisiert wurden und heute eher amerikanischen Universitätspräsidenten gleichen. Die Einwerbung von Drittmitteln wird seither gelobt und durch Boni belohnt und es entwickelte sich System von externen Evaluationen und Berichtswesen.

Diese Universitätsreform beendete eine dreißigjährige Periode, in welcher die Nicht-Ordinarien an Einfluss gewannen, an vielen Instituten aber dennoch die „top dogs“ das Sagen behielten. Auf die demokratische folgte nun die Universität unter dem Banner von New Public Management und nach einem Jahrzehnt kann man eine erste Bilanz ziehen, die hier nur für die Veränderungen im Bereich der Soziologie erfolgen soll. Überraschenderweise nahm die Zahl der Universitäten weiter zu, an denen man nun einen soziologischen Studienabschluss erwerben kann. Waren in den 1980er Jahren Graz und Salzburg neu dazugekommen, wurde nun auch Innsbruck zugebilligt, eine Studienrichtung einzurichten und an den anderen Standorten wurde und wird mit speziellen Masterstudienangeboten ebenso experimentiert wie sich Soziologinnen und Soziologen an neuen „Studien“-Angeboten beteiligen: Gender, Kultur, Global Studies bzw. Studien. Gleiches gilt für das von der vormaligen Soziologin Marina Fischer-Kowalski initiierte Studium Soziale

Ökologie und die Bemühungen der Wissenschaftsforscherin Ulrike Felt ein eigenes MA-Studium einzurichten.

Zweitens gibt es 2016 so viele Professorinnen und Professoren an Instituten dieses Titels wie nie zuvor: 16 Männer und acht Frauen, von denen fast alle schon unter dem neuen Regime berufen wurde.<sup>18</sup> Die Zunahme von Frauen wird niemanden überraschen, hingegen verdient die Zahl von 13 Berufungen von Personen, die zum Zeitpunkt des Dienstantritts nicht Österreicher waren, Aufmerksamkeit. Wie schon vier Jahrzehnte davor betrachten manche von diesen die Berufung nach Österreich als einen Platz im Postenkarussell, das sie letztlich dorthin bringen sollte, wo sie von Anfang an hinstrebten. Der Anteil dieser Drehtür-Professoren ist in der Soziologie allerdings klein genug, um keine fatalen Wirkungen zu haben.

Drittens muss man darauf hinweisen, dass die Professorinnen und Professoren des beginnenden 21. Jahrhunderts weiter an sozialem Status eingebüßt haben. Sie können sich nicht mehr der umfassenden Rechte der Beamten erfreuen, sondern sind Privatangestellte; ihr Lebensinkommen wird deutlich niedriger sein, als das jener nicht-professoralen, aber beamteten Kolleginnen und Kollegen, die in der universitären Statushierarchie formal zum Großteil unter ihnen angesiedelt sind und sie sitzen anders als ihre deutschen Gegenüber nicht mehr auf Lehrkanzeln, sondern sind nahezu gewöhnliche hochqualifizierte Sachbearbeiter, die Ziel- und Leistungsvereinbarungen unterschreiben müssen und denen in ihren Arbeitsverträgen angedroht wird, dass sie bei Minderleistung auch entlassen werden können. Das letzte verbliebene Privileg dieser Statusgruppe ist die Mitgliedschaft in der „Professorenkurie“, ein Vorrecht mit sehr beschränkter Wirkung. Hängt es mit diesem subjektiv wahrgenommenen Statusverlust oder mit dem Status „Ausländer“ zusammen, dass die neue Kohorte der Soziologie im öffentlichen Raum fast gar nicht mehr wahrgenommen werden kann? Interventionen à la public sociology scheinen nicht mehr zum selbst verordneten Anforderungsprofil zu gehören.

Unterhalb der Professoren – und jenseits der universitären Welt – stellt sich die Lage weniger rosig dar. Obwohl die Zahl der jährlich neu hinzukommenden promovierten Soziologinnen und Soziologen über die letzten zwei Jahrzehnte nicht dramatisch angestiegen ist (Mittelwert 1995-2014: 26), waren es jedenfalls mehr als es zusätzliche Stellen gegeben hätte. Weniger beim Dissertationsstudium, mehr aber bei den Post-Docs herrscht ein Mangel an Arbeitsplätzen, insbesondere solche mit längeren Beschäftigungsdauern. Es scheint – aber hier existieren nur anekdotische Daten – dass die Abwanderung ins Ausland insbesondere seit der Finanzkrise 2008ff. wieder zugenommen hat.

In einem früheren Artikel zur Entwicklung der Soziologie in Österreich (Fleck 2010) habe ich die internationale Sichtbarkeit der österreichischen Soziologie an der Zahl der Beiträge für internationale Enzyklopädien gemessen und kam zum Ergebnis, dass im Zeitraum von den 1930er bis zur Jahrtausendwende die Beteiligung österreichischer Soziologinnen und Soziologen markant rückläufig war. Mittlerweile ist eine weitere Auflage der *International Encyclopedia of the Social and Behavioral Sciences* (Wright 2015) erschienen und es wäre reizvoll zu prüfen, ob der Trend anhält. Zwei Gründe verbieten das allerdings, der eine ist, dass in der 2nd edition keine

---

<sup>18</sup> Es hätten noch mehr sein können, da mehrere Stellen, aus jeweils sehr unterschiedlichen Gründen, nicht besetzt werden konnten.

detaillierten Statistiken über die regionale Verteilung der 75% Beiträger und 25% Beiträgerinnen zu finden sind und der andere ist darin zu sehen, dass der Verfasser dieser Zeilen für diese Edition als Section Editor fungierte und daher das Ergebnis beeinflusste.

## Literatur

- Blaukopf, Kurt (1998) "Statt einer Einleitung: Lebens-Stationen" in *Unterwegs zur Musiksoziologie. Auf der Suche nach Heimat und Standort*, hg. v. R. Müller. Graz: Nausner & Nausner, 9–85.
- Blecha, Karl, Rupert Gmoser und Heinz Kienzl (1964) *Der durchleuchtete Wähler. Beiträge zur politischen Soziologie in Österreich*, Wien: Europa-Verlag.
- Coleman, James S. (1966) *Equality of educational opportunity*, Washington, D.C.: United States Office of Education.
- Dobretsberger, Josef (1948/49) "Ein mißglücktes Experiment. Woran scheiterte die Ständeversammlung Österreichs von 1934?" *Civitas*, S. 86–90.
- Fleck, Christian (1987) "Rückkehr unerwünscht. Der Weg der österreichischen Sozialforschung ins Exil" in *Vertriebene Vernunft I. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft, 1930-1940*, hg. v. F. Stadler. Wien: Jugend und Volk, 182–213.
- (1988) "Marie Jahoda" in *Vertriebene Vernunft II. Emigration und Exil österreichischer Wissenschaft 1930-1940*, hg. v. F. Stadler. Wien: Jugend und Volk, 345–359.
- (1996) "Autochthone Provinzialisierung. Universität und Wissenschaftspolitik nach dem Ende der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich" *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 7:67–92.
- (2000) "Wie Neues nicht entsteht. Die Gründung des Instituts für höhere Studien in Wien durch Ex-Österreicher und die Ford Foundation" *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 11:129–177.
- (2004) "Arisierung der Gebildeten. Vergleich zweier aus Österreich emigrierter Wissenschaftlergruppen im Kontext" in *Österreichs Umgang mit dem Nationalsozialismus. Die Folgen für die wissenschaftliche und humanistische Lehre*, hg. v. F. Stadler u.a. Wien: Springer, 229–254.
- (2010) "Die Entwicklung der Soziologie in Österreich" in *Steuerung von Wissenschaft? Die Governance des österreichischen Innovationssystems*, hg. v. P. Biegelbauer und R. Pichler. Innsbruck: Studien-Verlag, 259–296
- (2015) "Akademische Wanderlust im Wandel" in *650 Jahre Universität Wien - Aufbruch ins neue Jahrhundert*, Bd. 3, *Reichweiten und Außensichten. Die Universität Wien als Schnittstelle wissenschaftlicher Entwicklungen und gesellschaftlicher Umbrüche*, hg.v. M. Grandner und T. König. Göttingen: V & R Unipress, Vienna Univ. Press, 127–151.
- (2016) *Sociology in Austria*, Basingstoke: Palgrave Macmillan.
- Fleck, Christian und Heinrich Berger (2000) *Gefesselt vom Sozialismus. Der Austromarxist Otto Leichter (1897 - 1973)*, Frankfurt: Campus.
- Freisitzer, Kurt (1966) *Der gesellschaftliche Bedarf an Bildungseinrichtungen und Bildungsmöglichkeiten.* ; 4, Wien.
- Fritzl, Gottfried (2004) *Adolf Kozlik. Ein sozialistischer Ökonom, Emigrant und Rebell: Leben und Werk eines österreichischen Wissenschaftlers und Intellektuellen*. Frankfurt am Main: P. Lang.
- Janoska, Judith (1996) "Soziologie für Sozialismus" in *Wege zur Soziologie nach 1945. Autobiographische Notizen*, hg. v. C. Fleck. Opladen: Leske+Budrich, 339–351.
- Kautsky, Benedikt (1946) *Teufel und Verdammte. Erfahrungen und Erkenntnisse aus sieben Jahren in deutschen Konzentrationslagern*, Zürich: Büchergilde Gutenberg.
- Klausinger, Hansjörg (2015) *Die Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Welthandel, 1918 - 1973*. Vol. 202, Wien: Wirtschaftsuniv. Dep. of Economics.

- Kleiner, Heinrich (2011) "Ernst Topitsch und sein schwieriger Weg zur ideologiekritischen Weltanschauungsanalyse" in *Kunst und Wissenschaft aus Graz*, Bd. 3, *Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften aus Graz. Zwischen empirischer Analyse und normativer Handlungsanweisung: wissenschaftsgeschichtliche Befunde aus drei Jahrhunderten*, hg. v. K. Acham. Wien u.a.: Böhlau, 151–190.
- Knoll, August M. (1948/49) "Warum 'scheiterte' der österreichische Ständestaat 1934-1938? Eine Antwort auf die gleichnamige Frage J. Dobretsbergers" mit einer Anmerkung der Redaktion (S. 616) *Civitas*: 403-411; 496-503; 604-616.
- (1950) "Othmar Spann. Eine kritische Würdigung." *Die österreichische Furche* 22. 7.
- (1958) "Austria" in *Contemporary sociology*, hg. v. J. S. Roucek. New York NY: Philosophical Library, 807–823.
- Knoll, Reinhold (1986) "Die Entnazifizierung an der Universität Wien" in *Verdrängte Schuld, verfehlte Sühne. Entnazifizierung in Österreich 1945-1955: Symposium des Instituts für Wissenschaft und Kunst, Wien, März 1985*, hg. v. S. Meissl, K.-D. Mulley und O. Rathkolb. Wien: Verlag für Geschichte und Politik, 270–280.
- Knorr-Cetina, Karin (2005) "Culture of Life" in *The disobedient generation. Social theorists in the sixties*, edited by A. Sica and S. P. Turner. Chicago: Univ. of Chicago Press, 176–195.
- (2007) "Going Global" in *Sociologists in a global age. Biographical perspectives*, edited by M. Deflem. Aldershot: Ashgate, 29–48.
- König, Thomas (2012a) "Die Entstehung eines Gesetzes. Österreichische Hochschulpolitik in den 1950er Jahren" *Österreichische Zeitschrift für Geschichtswissenschaften* 23:57–81.
- (2012b) *Die Frühgeschichte des Fulbright-Programm in Österreich. Transatlantische "Fühlungsnahme auf dem Gebiete der Erziehung"*, Innsbruck: Studien Verl.
- Kozlik, Adolf (1965) *Wie wird wer Akademiker? Zum österreichischen Schul- und Hochschulwesen*, Wien: Europa-Verlag.
- Rathkolb, Oliver (2005) *Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005*, Wien: Zsolnay.
- Renner, Karl (1952) *Mensch und Gesellschaft. Grundriß einer Soziologie*. Wien: Wiener Volksbuchhandlung.
- Rothschild, Kurt W. (1965) "Adolf Kozlik (1912-1964)." *Zeitschrift für Nationalökonomie* 25:1–2.
- Steindl, Josef (1965) *Der Bedarf an Fachkräften. OECD Projekt Erziehungsplanung und Wirtschaftswachstum in Österreich 1965 bis 1975*, Wien.
- Stifter, Christian H. (2014) *Zwischen geistiger Erneuerung und Restauration. US-amerikanische Planungen zur Entnazifizierung und demokratischen Reorientierung und die Nachkriegsrealität österreichischer Wissenschaft 1941 - 1955*, Wien: Böhlau.
- Strasser, Hermann (2015) *Die Erschaffung meiner Welt. Von der Sitzküche auf den Lehrstuhl* Autobiografie, Ratingen: Eigenverlag.
- Taschwer, Klaus (2015) *Hochburg des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Wien: Czernin.
- Tienda, Marta, Mark Siegler, Seymour M. Lipset, Edward McDill, Edward O. Laumann, Gudmund Hernes, and Daniel P. Moynihan (1996) "Appendix 3: In Memoriam James S. Coleman (1926-1995), Speeches Given at the Memorial Service, 19 May 1995, in the Rockefeller Memorial Chapel, Chicago" in *Falmer sociology series, James S. Coleman*, edited by J. Clark. London, Washington D.C.: Falmer Press, 365–380.
- Topitsch, Ernst (1994) "Naturrecht im Wandel des Jahrhunderts." *Aufklärung und Kritik* 1:1–13 ([http://www.gkpn.de/auk1\\_94.pdf](http://www.gkpn.de/auk1_94.pdf)).
- Wieser, Georg (1966) *Die wissenschaftlichen Hochschulen Österreichs. Schätzung der Hörerzahlen an den Hochschulen Österreichs bis zum Jahre 1975*. Kapitel 3, Wien: OECD Planungsbüro des Bundesministeriums für Unterricht.
- Wright, James D., editor (2015) *International encyclopedia of the social & behavioral sciences*. London: Elsevier.